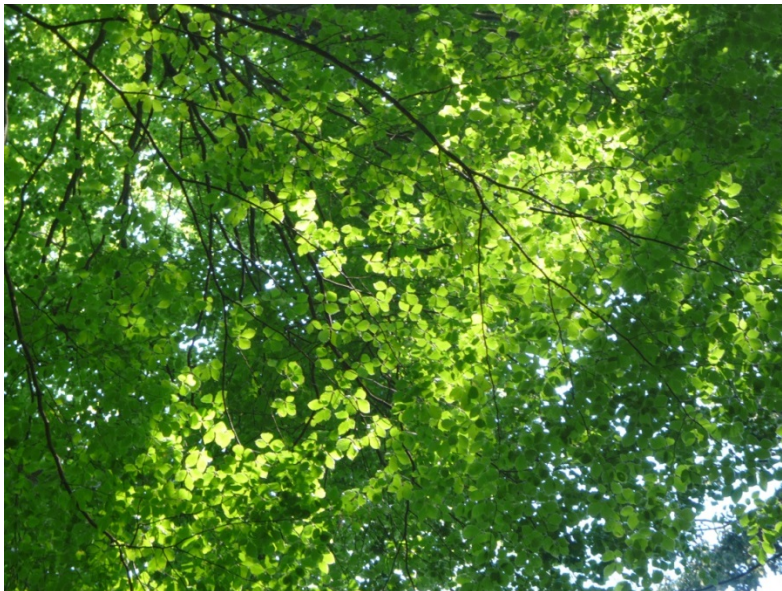


Weiterentwicklung der Waldpolitik 2020: Analyse der Anliegen der Waldstakeholder



Quelle: NARP

Im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt

Bearbeitet durch Astrid Zabel, Eva Lieberherr und Antoinette Rappo

November 2015

Auftraggeber

Bundesamt für Umwelt BAFU, Abteilung Wald, Bern, vertreten durch Bruno Rösli und Daniel Landolt

Auftragnehmer

ETH Zürich, Institut für Umweltentscheidungen, Gruppe Politik Natürlicher Ressourcen (NARP)

Impressum

Weiterentwicklung der Waldpolitik 2020: Analyse der Anliegen der Waldstakeholder. Die Studie wurde im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt verfasst. Für den Inhalt sind allein die Autorinnen verantwortlich.
Zürich und Zollikofen, März 2016

Autorinnen

Astrid Zabel

Berner Fachhochschule

Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften HAFL , Gruppe für Internationale
Waldwissenschaft und Klimawandel

Länggasse 85, 3052 Zollikofen

Eva Lieberherr

ETH Zürich

Institut für Umweltentscheidungen, Gruppe Politik Natürlicher Ressourcen (NARP)

Universitätsstrasse 16, 8092 Zürich

Antoinette Rappo

ETH Zürich

Institut für Umweltentscheidungen, Gruppe Politik Natürlicher Ressourcen (NARP)

Zitierungsvorschlag

Zabel A, Lieberherr E, Rappo A, 2015. Weiterentwicklung der Waldpolitik 2020: Analyse der Anliegen der Waldstakeholder. Projektbericht im Auftrag des BAFU. Zollikofen: Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften HAFL, und Zürich: Eidgenössische Technische Hochschule.

Inhalt

Tabellenverzeichnis.....	4
Abbildungsverzeichnis.....	4
1. Einleitung.....	5
1.1 Zielsetzung.....	5
1.2 Vorgehen.....	5
2. Auswertung der Interviews	6
2.1 Wahrnehmung der Waldpolitik 2020.....	6
2.2 Die 11 Ziele der Waldpolitik 2020 im Vergleich	9
2.3 Politikinstrumente.....	10
2.4 Zukünftige Anliegen und Herausforderungen.....	10
2.5 Partizipation	13
2.6 Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen	15
3. Auswertung der Online Umfrage	19
3.1 Ziele der Waldpolitik 2020 und post-2020.....	19
3.2 Partizipation und Verbindlichkeit der Waldpolitik.....	24
3.3 Wichtigkeit und Qualität der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen/Institutionen.....	26
3.4 Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen	30
3.5 Anmerkungen zu den Fragen	32
4. Fazit	32
Quellenverzeichnis.....	36
Anhang 1: Einschätzungen der Stakeholdergruppen in Bezug auf die Wichtigkeit der Mitwirkung einzelner Stakeholder bei der Ausarbeitung einer Waldpolitik post-2020.....	37
Anhang 2: Liste der Stakeholder	40

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Die 11 Ziele der Waldpolitik 2020.....	9
Tabelle 2: Anliegen und Herausforderungen der Stakeholder.....	11
Tabelle 3: Verbesserungsvorschläge für den partizipativen Ansatz.....	14
Tabelle 4: Verbesserungsvorschläge und Kommentare der Stakeholder zum Partizipationsmodell	15
Tabelle 5: Argumente für und gegen „Wald als Verbundaufgabe“	16
Tabelle 6: Aufteilung der Kompetenzen und Verantwortung zwischen Bund und Kantonen	17
Tabelle 7: Berücksichtigung zukünftiger Anliegen und Herausforderung.....	24
Tabelle 8: Bewertung der Partizipation nach Stakeholdergruppe	24
Tabelle 9: Bewertung der Vorschläge zur Verbesserung der Partizipation.....	25
Tabelle 10: Beurteilung zur Verbindlichkeit der Waldpolitik	26
Tabelle 11: Stakeholder, die am häufigsten wichtig genannt wurden.....	27
Tabelle 12: Stakeholder, die am häufigsten für „enge Zusammenarbeit“ genannt wurden	29
Tabelle 13: Explizite Zustimmung zu Aussagen über Aufteilung der Kompetenzen und Verantwortung zwischen Bund und Kantonen	31

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Assoziationen zur Waldpolitik 2020 (links positiv, rechts kritisch)	6
Abbildung 2: Aussagen über die Dimensionen der Nachhaltigkeit in der Waldpolitik 2020	7
Abbildung 3: Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen	8
Abbildung 4: Positive Impulse der Waldpolitik 2020	8
Abbildung 5: Priorisierung der 11 Ziele der Waldpolitik 2020	9
Abbildung 6: Angeschriebene und antwortende Waldstakeholder nach Gruppen	19
Abbildung 7: Ergebnis der Frage nach den 3 wichtigsten Zielen.....	20
Abbildung 8: Ergebnis der Frage nach den 3 wichtigsten Zielen mit gleicher Gewichtung jeder Stakeholdergruppe.....	21
Abbildung 9: Ergebnisse der Frage nach dem unwichtigsten Ziel.....	21
Abbildung 10: Ergebnis der Frage nach dem unwichtigsten Ziel mit gleicher Gewichtung jeder Stakeholdergruppe.....	22
Abbildung 11: Meinungen zur Aufnahme der Ziele 6 bis 11 als Schwerpunktziele	22
Abbildung 12: Wichtigkeit der Stakeholder bei der laufenden Ergänzung des Waldgesetzes	27
Abbildung 13: Zusammenarbeit zwischen Stakeholdern bei der laufenden Ergänzung des Waldgesetzes ..	28
Abbildung 14: Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit bei der laufenden Ergänzung des Waldgesetzes....	29
Abbildung 15: Waldpolitik als Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen	30
Abbildung 16: Zustimmung zu Aussagen über Aufteilung der Kompetenzen und Verantwortung zwischen Bund und Kantonen nach Stakeholdergruppen mit gleicher Gewichtung.....	32

1. Einleitung

Im Jahr 2011 wurde vom Bundesrat die Waldpolitik 2020 verabschiedet, welche die Stossrichtungen der nationalen Waldpolitik vorgibt. In Anbetracht der befristeten Laufzeit der Waldpolitik 2020 steht eine Weiterentwicklung des Handlungsprogramms beim Bundesamt für Umwelt (BAFU) an. Eine Weiterentwicklung des Handlungsprogramms sollte sowohl auf Erfahrungen mit der aktuellen Waldpolitik aufbauen als auch die zukunftsgerichteten Bedürfnisse der vielfältigen Schweizer „Waldstakeholder“ berücksichtigen. Der Begriff Waldstakeholder umfasst die von der Schweizer Waldpolitik betroffenen Akteure. Mit dieser Studie soll ein Überblick über die Anliegen der Schweizer Waldstakeholder geschaffen werden, der zur Planung der Erarbeitung einer Waldpolitik post-2020 beitragen kann. Andererseits dient diese Studie auch als Input für eine geplante Waldeigentümbefragung des BAFU. Schliesslich stellt diese Analyse einen Teil der COST Action (FP1201) *Forest Land Ownership Changes in Europe: Significance for Management And Policy* (FACESMAP) dar, die von 2012 - 2016 läuft und woran das BAFU, die Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH Zürich) und die Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HAFL) beteiligt sind.

1.1 Zielsetzung

Mit der Analyse der Bedürfnisse und Interessen der Schweizer Waldstakeholder sollen folgende Fragen beleuchtet werden:

- Wie wird die aktuelle Waldpolitik 2020 wahrgenommen bzw. wie wird damit gearbeitet?
- Werden die Anliegen der Stakeholder durch diese Politik abgedeckt? Welche Ziele werden von den Stakeholdern priorisiert und welche Herausforderungen stehen aus ihrer Sicht an? Werden diese Ziele und Herausforderungen in der Waldpolitik 2020 abgedeckt bzw. behandelt?
- Wie werden verschiedene Politikinstrumente wie z.B. Anreize, Informationen oder Planungsmassnahmen wahrgenommen? Welcher Änderungsbedarf besteht bezüglich der Politikinstrumente?
- Wie partizipativ soll die neue Ausgestaltung einer Waldpolitik sein bzw. wie wird das bisherige Modell (mit der Kernkompetenz beim Bund aber in Abstimmung mit den Kantonen) wahrgenommen?
- Was ist/soll als Verbundaufgabe wahrgenommen werden, und wie könnte dies in eine neue Politik einfließen?

Ein weiteres Ziel dieser Studie ist es, das Netzwerk der Waldstakeholder aufzuzeigen, um ein Bild der heutigen Stakeholderkonstellation in der Schweizer Waldpolitik zu erhalten. Mit einer Netzwerkanalyse können zum Beispiel Schlüsselstakeholder einer Branche oder eines Sektors identifiziert werden, oder es kann überprüft werden, ob ein partizipativ geplanter Ansatz tatsächlich alle Stakeholdergruppen umfasst. Dabei kann die Frage, wer durch wen und wie Einfluss auf die Waldpolitik nimmt, beleuchtet werden.

1.2 Vorgehen

Die Datenerhebung für diese Studie erfolgte in zwei Schritten. Im ersten Schritt wurden Experteninterviews mit 11 Vertretern verschiedener Stakeholdergruppen geführt. Die Interviews fanden zwischen dem 24. März und 2. April 2015 statt. Die Experten wurden in Absprache mit der Abteilung Wald des BAFU ausgewählt. Folgende Stakeholdergruppen waren vertreten: Institutionen des politischen Systems (2 Personen), Waldwirtschaft (3 Personen), Holzwirtschaft (2 Personen), Umweltverbände (1 Person), übrige Verbände & Organisationen (1 Person), Wissenschaft & Bildung (2 Personen) (siehe Anhang 2).

In einem zweiten Schritt wurde eine Online Umfrage durchgeführt, mit welcher Kernergebnisse der Experteninterviews vertieft und überprüft wurden. Die Umfrage fand vom 29. Mai bis 19. Juni 2015 statt. Es wurden 83 Vertreter aus 10 Stakeholdergruppen angeschrieben. Die Rücklaufquote betrug 54%. Dies ist ein für freiwillige Umfragen vergleichsweise hoher Wert. In beiden Schritten wurden mit Stakeholdern sogenannte „Pre-tests“ durchgeführt, um die Interviewfragen sowie den Online Fragebogen inhaltlich und formal zu prüfen.

Einige Wochen vor Beginn der Datenerhebung wurde der Euromindestkurs durch die Schweizer Nationalbank aufgehoben. Die damit einhergehende Frankenstärke dominierte in diesen Wochen die öffentliche Diskussion. Im Waldsektor lag zudem im Zeitraum der Datenerhebung ein Schwerpunkt der Diskussionen auf Fragen der wald- und forstspezifischen Ausbildung.

In diesem Bericht werden zuerst die Ergebnisse der Interviews besprochen und danach die Resultate der Online Umfrage präsentiert.

2. Auswertung der Interviews

Die Auswertung der Interviews ist in folgende Abschnitte gegliedert: (i) Wahrnehmung der Waldpolitik 2020, (ii) Die 11 Ziele der Waldpolitik 2020 im Vergleich, (iii) Politikinstrumente, (iv) Zukünftige Anliegen und Herausforderungen, (v) Partizipation, (vi) Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.

2.1 Wahrnehmung der Waldpolitik 2020

Zu Beginn ging es darum festzustellen, wie die Waldpolitik 2020 von den verschiedenen Stakeholdergruppen gesamthaft wahrgenommen wird und wie die befragten Stakeholder mit dieser Politik arbeiten.

Die Vertreter der Stakeholdergruppen wurden gebeten, in Stichworten Eigenschaften und Assoziationen, die sie mit der Waldpolitik 2020 verbinden, zu nennen. Abbildung 1 gibt diese positiven und kritischen Assoziationen in Form von zwei Wortwolken wieder.



Abbildung 1: Assoziationen zur Waldpolitik 2020 (links positiv, rechts kritisch)

Um vergleichbare Informationen zur Wahrnehmung der Waldpolitik 2020 zu erhalten, sollten die Interviewteilnehmer in einer weiteren Frage beurteilen, inwiefern vier Aussagen zur Waldpolitik 2020 aus ihrer Sicht zutreffen.

Die erste Aussage war, dass die 11 Ziele der Waldpolitik 2020 die wichtigsten mittel- bis langfristigen Herausforderungen der Schweizer Wald- und Holzwirtschaft aufgreifen. Die Auswertung der Interviews zeigt, dass die Vertreter der sechs Stakeholdergruppen, mit Ausnahme der Waldwirtschaft, diese Aussage übereinstimmend bestätigen konnten. Ein Vertreter der Waldwirtschaft fand, dass diese Aussage eher nicht zutreffe.

In den nächsten beiden Aussagen wurde auf die übergeordneten Ziele der Waldpolitik 2020 eingegangen. In der Waldpolitik 2020 wird das Hauptziel folgendermassen definiert:

„Hauptziel der Waldpolitik 2020 ist die Sicherstellung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung sowie die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für eine effiziente und innovative Wald- und Holzwirtschaft“ (Bundesamt für Umwelt, 2013: 2)

Im Interview wurde getrennt nach den zwei in der Zieldefinition genannten Aspekten gefragt. Der erste Aspekt – Nachhaltigkeit – impliziert, dass die Waldbewirtschaftung die drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft in ausgewogener Weise berücksichtigen soll. Die Stakeholder wurden gefragt, ob sie der Aussage zustimmen können, dass die Waldpolitik 2020 selbst in ausgewogener Weise ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Ziele berücksichtige. Bei dieser Frage ist auffällig, dass die Vertreter der Wald- und Holzwirtschaft skeptisch waren, wohingegen die Vertreter der übrigen Stakeholdergruppen zustimmten (siehe Abbildung 2).

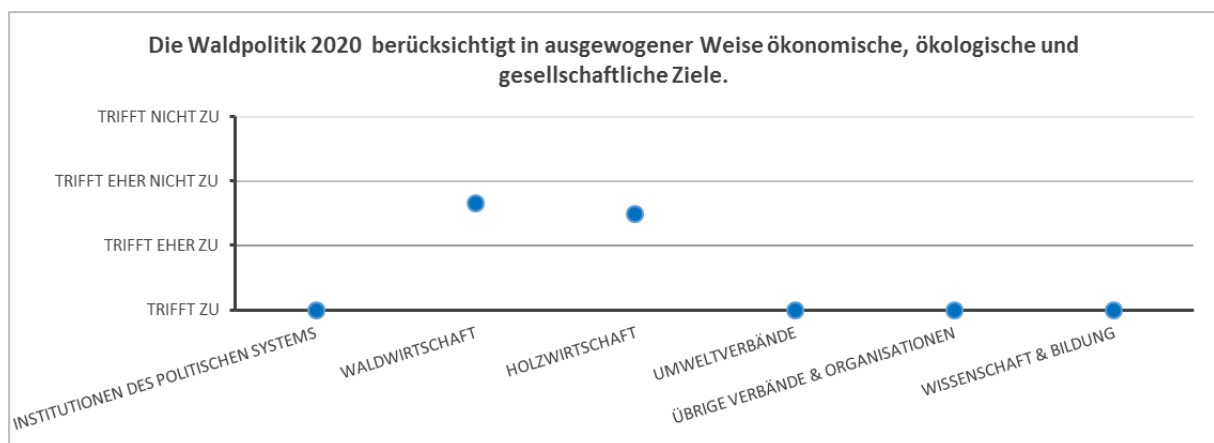


Abbildung 2: Aussagen über die Dimensionen der Nachhaltigkeit in der Waldpolitik 2020

Bei der Auswertung der Aussage zum zweiten Aspekt – der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für eine effiziente und innovative Wald- und Holzwirtschaft – ergab sich ein heterogenes Bild (siehe Abbildung 3). Insbesondere die Vertreter der Waldwirtschaft, Holzwirtschaft sowie der Wissenschaft und Bildung antworteten, dass diese Aussage nicht oder „eher nicht“ zutreffe. Als Begründung wurde mehrfach angeführt, dass eine Strategie des Bundes nur einen begrenzten Einfluss auf Rahmenbedingungen haben könne, da sie nur einen Faktor neben anderen sozio-ökonomischen Gegebenheiten darstelle.

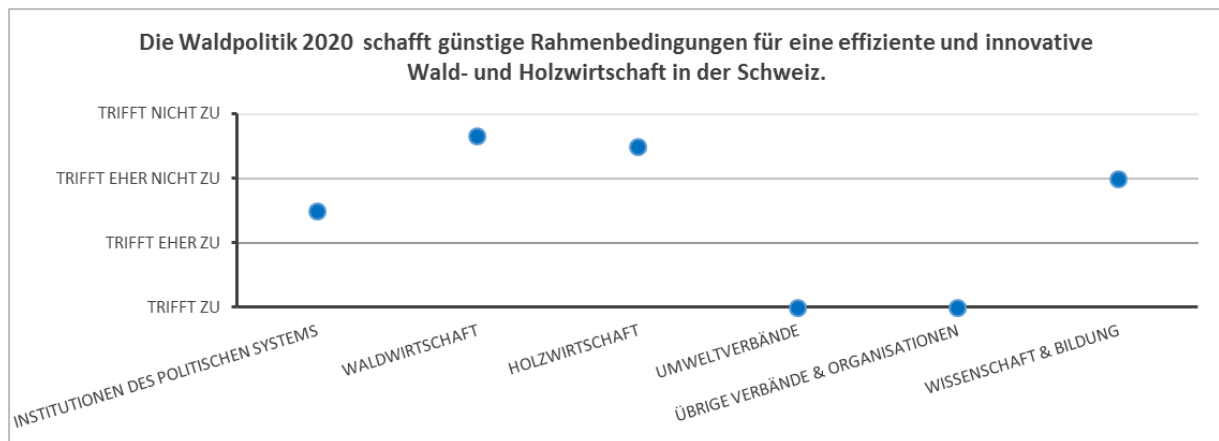


Abbildung 3: Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen

Mit der vierten Aussage wurde untersucht, ob die Waldpolitik 2020 aus Sicht der Vertreter der Stakeholdergruppen positive Impulse gesetzt hat. Keine der Stakeholdergruppen konnte dies vollumfänglich bestätigen (siehe Abbildung 4). Besonders kritisch waren die Vertreter der Umweltverbände, der Holz- und der Waldwirtschaft. Auf Seiten der Umweltverbände wurde als Begründung genannt, dass die Waldpolitik 2020 zwar wichtige Themen aufgreife, dadurch aber keine neuen Impulse entstanden seien. Seitens Holz- und der Waldwirtschaft wurden folgende Begründungen genannt: Die Waldpolitik sei 1) mehr auf Naturschutz und Umweltpolitik, als auf Waldwirtschaft, ausgerichtet und 2) zu sehr auf die öffentliche Aufgabe fokussiert.

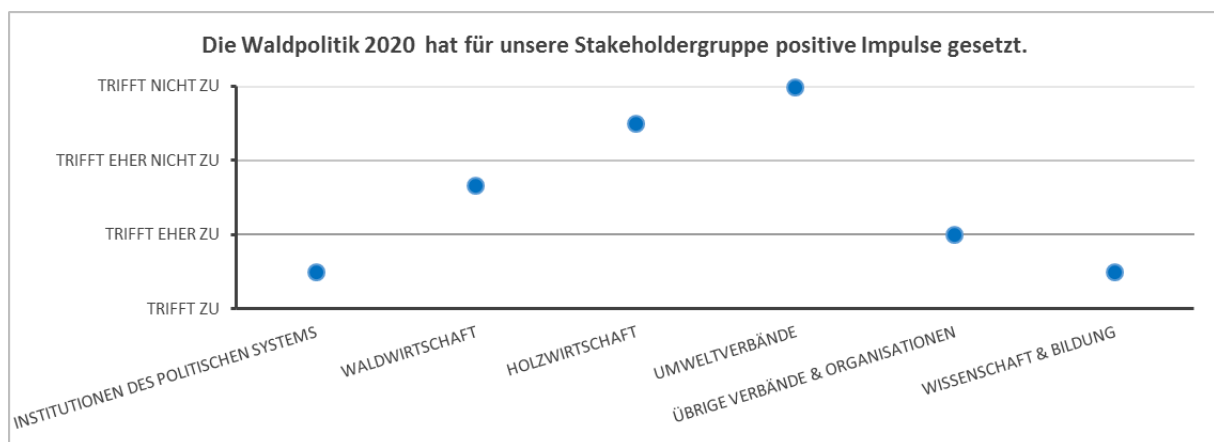


Abbildung 4: Positive Impulse der Waldpolitik 2020

Des Weiteren ging es darum, zu eruieren, wie die verschiedenen Stakeholder mit der Waldpolitik 2020 arbeiten. Insbesondere sollte untersucht werden, ob die Stakeholder sich aus eigener Initiative an die Massnahmen und Instrumente der Waldpolitik 2020 anpassen müssen, oder ob sie vielmehr ein für ihre Belange geeignetes Paket an Massnahmen und Instrumenten in Anspruch nehmen können.

Aus allen Stakeholdergruppen ausser der Holzwirtschaft gab es Vertreter, die antworteten, sie könnten ein an ihre Bedürfnisse angepasstes Paket in Anspruch nehmen. In Bezug auf diese Frage herrschte jedoch nicht immer Einigkeit zwischen den verschiedenen Vertretern ein und dergleichen Stakeholdergruppe. Von den elf Interviewpartnern antworteten insgesamt nur drei, dass sie sich reaktiv an die Waldpolitik 2020 anpassen müssten. Weitere Antworten waren, dass die Waldpolitik 2020 keine für ihre Stakeholdergruppe relevanten Massnahmen beinhalte und dass keine der Antwortmöglichkeiten zutreffend sei.

2.2 Die 11 Ziele der Waldpolitik 2020 im Vergleich

Um zu erfahren, welche Aspekte der Waldpolitik 2020 für die Stakeholder von Priorität sind, wurden die Vertreter der Stakeholdergruppen gebeten, die 11 Ziele zu vergleichen (siehe Tabelle 1). Sie sollten angeben, welche aus ihrer Sicht die drei wichtigsten Ziele sind, welche Ziele „eher wichtig“ bzw. „eher unwichtig“ sind und welches für sie das unwichtigste Ziel ist. Abbildung 5 fasst die Antworten auf diese Frage zusammen. Nicht alle Interviewten konnten alle 11 Ziele einer der Kategorien zuordnen, so kam es total zu 113 anstatt 121 Bewertungen.

-
- 1. Das Potenzial nachhaltig nutzbaren Holzes wird ausgeschöpft**
 - 2. Klimawandel: Minderung und Anpassung ist sichergestellt**
 - 3. Die Schutzwaldleistung ist gesichert**
 - 4. Die Biodiversität bleibt erhalten und ist gezielt verbessert**
 - 5. Die Waldfläche bleibt erhalten**
 6. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Waldwirtschaft ist verbessert
 7. Die Waldböden, das Trinkwasser und die Vitalität der Bäume sind nicht gefährdet
 8. Der Wald wird vor Schadorganismen geschützt
 9. Wald und Wild stehen in einem Gleichgewicht
 10. Die Freizeit- und Erholungsnutzung erfolgt schonend
 11. Bildung, Forschung und Wissenstransfer sind gewährleistet
-

Tabelle 1: Die 11 Ziele der Waldpolitik 2020¹

Ziel 6 der Waldpolitik 2020 - „Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Waldwirtschaft ist verbessert“ - wurde mit Abstand am häufigsten als eines der drei wichtigsten Ziele genannt. Dies ist bemerkenswert, da dieses Ziel nicht zu den Schwerpunktzielen des Bundes gehört. Die vom Bund priorisierten Ziele 1 bis 5 erhielten jedoch häufiger eine höhere Priorität zugeschrieben als die Ziele 7 bis 10.

Das Ziel 3 - „Die Schutzwaldleistung ist gesichert“ - und das Ziel 7 - „Die Waldböden, das Trinkwasser und die Vitalität der Bäume sind nicht gefährdet“ - fallen auf, da sie von keinem Interviewten als „eher unwichtig“ oder gar als unwichtigstes Ziel eingestuft wurden.

Ziel 10 - „Die Freizeit- und Erholungsnutzung erfolgt schonend“ - scheint im Vergleich zu den anderen Zielen nachrangig zu sein. Niemand gab an, dass es zu den drei wichtigsten Zielen gehöre.

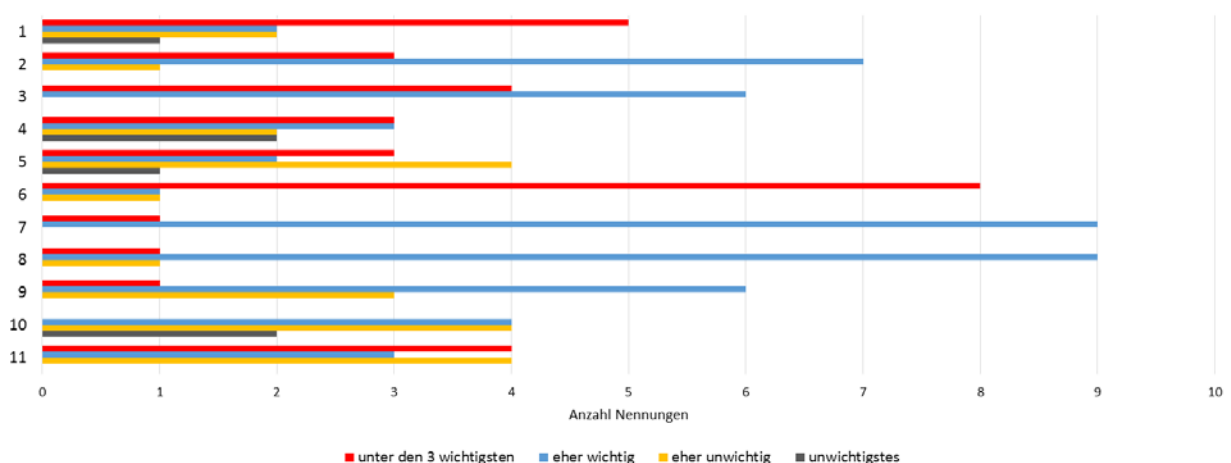


Abbildung 5: Priorisierung der 11 Ziele der Waldpolitik 2020

¹ Schwerpunktziele fett gedruckt. Quelle: Bundesamt für Umwelt, 2013.

2.3 Politikinstrumente

Für die Umsetzung der Ziele sind Politikinstrumente notwendig. In diesem Abschnitt geht es um die Wahrnehmung verschiedener Instrumente. In Bezug auf ihre drei wichtigsten Ziele wurden die Interviewten gebeten, ihnen bekannte Instrumente zu nennen. Anschliessend sollten sie beurteilen, ob diese Instrumente geeignet und zielführend seien oder ob sie Änderungsbedarf sehen. Die Instrumente wurden selten spezifischen Zielen zugeordnet. Die Zusammenfassung der Antworten ist daher allgemein gehalten.

Es wurden folgende Instrumente genannt (alphabetisch geordnet):

- Beratung und Ausbildung
- Finanzielle Anreize
- Gute Beurteilungsgrundlagen (Zahlen, Fakten, Schwellenwerte...)
- Informationsarbeit
- Planungsakte
- Programmvereinbarungen
- Unterstützung von Forschungsprojekten
- Verbote / Gebote

Es wurde häufig erwähnt, dass die aktuellen Instrumente geeignet und zielführend seien. Es seien klassische Mittel mit möglichst grosser Wirkung. Nicht alle Instrumente seien jedoch immer anwendbar, z.B. können finanzielle Anreize nur bedingt zum Einsatz kommen. Auch bei wirtschaftlichen Fragen sei es schwierig, mit Instrumenten viel zu erreichen. Allgemein sei ein Instrumentenmix häufig sinnvoll.

Die meisten Interviewpartner sagten, es gebe keinen Änderungsbedarf in Bezug auf die Instrumente. Kritik, die geäussert wurde, bezog sich eher auf die Ziele der Waldpolitik und Aspekte der Partizipation. Da diese Themen in eigenen Abschnitten behandelt werden, wird die Kritik an dieser Stelle nicht wiederholt.

2.4 Zukünftige Anliegen und Herausforderungen

In den Interviews wurden die Stakeholder nach ihren Anliegen sowie den Herausforderungen gefragt, welche sie für die kommenden rund zwanzig Jahre sehen. Es galt herauszufinden, ob die genannten Herausforderungen aus Sicht der Stakeholder durch die 11 Ziele der Waldpolitik 2020 abgedeckt werden und ob angemessene Massnahmen vorhanden sind. In Tabelle 2 werden die Antworten, nach Stakeholdergruppen geordnet, zusammengefasst. Anschliessend wird aufgezeigt, inwiefern die zentralsten Anliegen von der Waldpolitik 2020 abgedeckt werden.

Institutionen des politischen Systems	Vertreter der politischen Institutionen haben hervorgehoben, dass die Waldpolitik als integrale Politik formuliert werden solle, d.h. unter Einbezug aller relevanten Bereiche. Des Weiteren wurde eine wirtschaftlich nachhaltige Waldwirtschaft sowie eine leistungsfähige Forstwirtschaft und Infrastruktur in den Vordergrund gestellt. Hier wurde auch der Beitrag der Ressource Holz zur 'grünen Wirtschaft' betont. In Bezug auf den Wald selbst wurde die Sicherstellung der Waldleistungen unter anderem mit Fokus auf Biodiversität, ökologische Stabilität und Schutzwaldfunktionen hervorgehoben.
Waldwirtschaft	Die Vertreter der Waldwirtschaft diskutierten vor allem wirtschaftliche und soziale Herausforderungen, die es für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zu lösen gilt. Zur Förderung der Wirtschaftlichkeit wurden verschiedene mögliche Stossrichtungen genannt: eine Stärkung der Nutzfunktion, eine Verbesserung der Rahmenbedingungen insbesondere für die Nutzung der Ressource Holz, eine verstärkte Verwendung von Holz in der Schweiz, sowie die Etablierung eines Markts für Waldleistungen (Holz, Trinkwasser, Säuberung), respektive eine Inwertsetzung sämtlicher Waldleistungen. Es solle anerkannt werden, dass Synergien zwischen der Waldnutzung zur Holzproduktion und der Produktion anderer Waldleistungen bestehen. Die Waldeigentümer sollen als Stakeholder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Als Herausforderung im sozialen Bereich wurde die Notwendigkeit eines Gesamtarbeitsvertrags für das Forstpersonal hervorgehoben.
Holzwirtschaft	Als Anliegen für die nächsten rund zwanzig Jahre wurde von den Vertretern der Holzwirtschaft die Gewährleistung von gesunden, überlebensfähigen Holzproduktionsbetrieben, die Gewinn schreiben und sich weiterentwickeln können, genannt. In diesem Zusammenhang stelle die rückläufige Holzernte eine besondere Herausforderung dar. Die nachhaltig verfügbare Holzmenge solle genutzt werden. Bei der Weiterentwicklung des Baumportfolios sollen neben Aspekten des Klimawandels auch die Erwartungen der Holzwirtschaft berücksichtigt werden. Kritisch sei hierbei der abnehmende Anteil an Nadelholz.
Umweltverbände	Die Umweltverbände nannten als besondere Anliegen und Herausforderungen für die nächsten Jahre den Erhalt der Biodiversität und den Schutz der Waldfläche. Des Weiteren wurden ein naturnaher Waldbau sowie Waldreservate als wichtige Anliegen genannt.
Übrige Verbände & Organisationen	Vertreter übriger Verbände und Organisationen nannten als zentrale Herausforderungen die Walderhaltung, die Berücksichtigung ökonomischer Aspekte der Waldbewirtschaftung, den Klimawandel, den Erhalt der Waldbiodiversität insbesondere mit Fokus auf die Thematik Wald und Wild, sowie eine Weiterentwicklung der Ausbildung, der Wissensentwicklung und des Wissenstransfers.
Wissenschaft & Bildung	Von Seiten der Wissenschaft und Bildung wurde als Anliegen angeführt, dass fortlaufend neue Erkenntnisse berücksichtigt werden sollten, damit auf dem neuesten Wissensstand gearbeitet werden kann. Dafür sei sowohl die Ausbildung qualifizierter Fachleute auf allen Stufen der Wald- und Holzwirtschaft, ein enger Austausch zwischen den Stakeholdern als auch die Finanzierung von Forschungsprojekten notwendig. Zwei Herausforderungen für die nächsten rund 20 Jahre wurden besonders betont. Zum einen der Umgang mit Schadorganismen im Wald und zum anderen Herausforderungen wirtschaftlicher und struktureller Natur. Die aktuellen Auswirkungen der Eurokrise auf die Holzernte wurden hier hervorgehoben. Nachhaltigkeit sei besonders relevant, da sich die Bedingungen stetig veränderten.

Tabelle 2: Anliegen und Herausforderungen der Stakeholder

Wichtigste Anliegen

In einer anschliessenden Frage wurden die Vertreter der Stakeholdergruppen gebeten, aus der Gesamtheit ihrer Anliegen die zwei Wichtigsten zu nennen. Sie wurden gefragt, ob diese Anliegen von den elf Zielen der Waldpolitik 2020 bereits abgedeckt werden und falls ja, ob ihnen entsprechende Massnahmen bekannt seien.

Da sich Anliegen der verschiedenen Stakeholdergruppen zum Teil überschneiden, ist die folgende Diskussion nach Thema (anstatt nach Stakeholdergruppe) gegliedert.

Wirtschaftlich nachhaltige und leistungsstarke Waldwirtschaft

Eine wirtschaftlich nachhaltige und leistungsstarke Waldwirtschaft wurde von vier Interviewpartnern als eines der zwei wichtigsten Anliegen genannt. Sie gaben an, dass dieser Aspekt in den Zielen 6 und 1 der Waldpolitik 2020 enthalten sei. Bestehende Massnahmen waren allen bekannt. Es wurden jedoch verschiedene Vorschläge zur Erweiterung der Massnahmen genannt. Da in der Schweiz die Lohnkosten

und Landpreise verhältnismässig hoch seien, wurden als mögliche Massnahmen zur Schaffung konkurrenzfähiger Rahmenbedingungen Förderungen und spezielle Landpreise vorgeschlagen. Förderungen in Form von Subventionen wurden von einem Stakeholder der Waldwirtschaft als wirkungsvoll aber unerwünscht kritisiert. Ein weiterer Vorschlag war die Förderung von Infrastruktur.

Waldleistungen

Die Sicherstellung der Waldleistungen wurde von drei Interviewpartnern als eines der wichtigsten Ziele genannt. Die Waldpolitik 2020 befasse sich in den Zielen 1-5, 7, und 10 mit Waldleistungen. Es bestehe aktuell ein Ungleichgewicht, da Waldeigentümer viele Leistungen erbringen und diverse Auflagen erfüllen müssen (z.B. bei der Holzlagerung zur Vermeidung von Wasserverschmutzungen) aber keine Entlohnung für die erbrachten Leistungen bekommen. Die Empfehlung war daher, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit Leistungen vergütet werden können.

Baumportfolio

Eine Weiterentwicklung des Baumportfolios wurde von zwei Interviewpartnern als wichtiges und in der Waldpolitik 2020 nicht berücksichtigtes Anliegen genannt. Als erste Massnahme wurde eine Diskussion zu diesem Thema vorgeschlagen. Es sei problematisch, dass der Schweizer Wald im Vergleich zum Deutschen und Österreichischen Wald veraltet ist. Massnahmen zur Senkung des Durchschnittsalters des Schweizer Waldes sollten getroffen werden. Des Weiteren müsse unter Berücksichtigung des Klimawandels und Fragen der Wirtschaftlichkeit über neue (Gast-)Baumarten nachgedacht werden.

Waldbiodiversität

Zwei Interviewpartner nannten die Erhaltung der Waldbiodiversität als eines der wichtigsten Ziele. Dieser Aspekt werde in Ziel 4 der Waldpolitik 2020 behandelt. Die Massnahmen der Waldpolitik 2020 waren ihnen bekannt. Die entsprechenden Massnahmen wurden als gut beschrieben, wohingegen bei den Sollwerten Verbesserungspotential gesehen wurde. Die Schaffung einer Austauschplattform wurde als Vorschlag für eine zusätzliche Massnahme genannt.

Erhaltung der Waldfläche

Die Erhaltung der Waldfläche hatte für zwei Interviewpartner höchste Priorität. Ihnen war bekannt, dass dieses Anliegen mit Ziel 5 der Waldpolitik 2020 übereinstimmt. Sie kritisierten jedoch, dass die Walderhaltung anderen Raumplanungsbedürfnissen untergeordnet zu sein scheint. Die Massnahmen zur Erhaltung der Waldfläche waren ihnen geläufig und wurden allgemein als gut bewertet.

Weitere genannte Anliegen, die in den 11 Zielen der Waldpolitik 2020 enthalten sind

Die folgenden Ziele wurden jeweils nur einmal genannt.

- Die Problematik der rückläufigen Holzernte werde in den Zielen 1 und 6 thematisiert. Es wurde kritisiert, dass sich die bestehenden Massnahmen nur auf Grundlegendes beschränken. In diesem Zusammenhang wurde auch die Verbundaufgabe kritisiert. Bund und Kantone würden sich jeweils gegenseitig in der Verantwortung sehen, so dass die Umsetzung ins Hintertreffen gerate.
- Im Rahmen einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung sei der Fokus auf soziale Nachhaltigkeit besonders wichtig. Dieser Aspekt sei in der Waldpolitik 2020 festgehalten und es fehlten derzeit keine Massnahmen.
- Ein enger Austausch zwischen Stakeholdern sei ein wichtiges Anliegen. Es wurden keine zusätzlichen Massnahmen zur Förderung des Austauschs vorgeschlagen.
- Für die Zukunft sei die Ausbildung genügender und gut qualifizierter Fachleute auf allen Stufen eine wichtige Aufgabe, die in Ziel 11 der Waldpolitik 2020 bereits berücksichtigt werde.

Weitere Anliegen mit hoher Priorität, die nicht in der Waldpolitik 2020 berücksichtigt werden

Die folgenden Ziele wurden jeweils nur einmal genannt.

- In Zukunft solle die Waldpolitik als integrale Politik formuliert werden.
- Mit einem Gesamtarbeitsvertrag könnten die Rahmenbedingungen für Forstpersonal wesentlich verbessert werden.
- Neue Erkenntnisse sollen berücksichtigt werden, damit auf dem neusten Wissensstand gearbeitet werden könne.

2.5 Partizipation

Da die Planung der Waldpolitik post-2020 bevorsteht, ist es wichtig zu untersuchen, wie sich die Stakeholdergruppen ihre Mitwirkung bei deren Ausgestaltung vorstellen. In den Interviews wurden daher Fragen zu Erfahrungen bei der Entwicklung der Waldpolitik 2020 sowie zu Verbesserungsvorschlägen gestellt.

In Bezug auf die Planung der Waldpolitik 2020 wurden Aussagen vorgelesen und die Interviewpartner sollten jeweils angeben, ob diese zutreffen oder nicht. Zwei Interviewte waren zur Zeit der Planung der Waldpolitik 2020 noch nicht in ihren jetzigen Ämtern und konnten daher nicht retrospektiv Stellung nehmen. Sie werden in der Auswertung nicht berücksichtigt.

Der ersten Aussage „Wir wurden fortlaufend informiert“ stimmten alle ausser einem Vertreter der Waldwirtschaft sowie einem Vertreter der Institutionen des politischen Systems zu. Alle stimmten der Aussage zu, dass sie die Möglichkeit hatten, im Planungsprozess Anliegen einzubringen und Meinungen zu äussern. Bei der Aussage, dass regionale Interessen berücksichtigt wurden, gab es fünf Enthaltungen. Zustimmungen gab es von den Umweltverbänden und einem Vertreter der Wissenschaft. Die Vertreter des politischen Systems waren sich nicht einig – einer stimmte zu, während der andere verneinte.

Zur Aussage „Unsere Meinung wurde vom BAFU aktiv eingeholt“ gab es überwiegend Zustimmungen; nur ein Vertreter der Waldwirtschaft konnte dies nicht bekräftigen. Bei der Aussage „Wir konnten Einfluss auf gewisse Teile der Ausgestaltung nehmen“ gab es ein gemischtes Urteil. Ein Vertreter der Waldwirtschaft sowie zwei der Holzwirtschaft konnten nicht zustimmen. Eine Begründung dafür war, dass die Vertreter selber zwar Einfluss nehmen konnten, der effektive Einfluss der Holzwirtschaft jedoch nicht stark gewesen sei. Die Aussage „Wir wurden bei der Planung und Ausgestaltung nicht berücksichtigt“ haben alle ausser einem Vertreter der Waldwirtschaft verneint. Bei der letzten Aussage „Unsere Rückmeldungen wurden entweder aufgenommen oder bei Ablehnung nachvollziehbar begründet (auch wenn wir damit nicht einverstanden waren)“ ergab sich ein heterogenes Bild. Fünf Interviewpartner verneinten diese Aussage. Zustimmung gab es nur von je einem Vertreter der Holzwirtschaft, der Umweltverbände sowie der Wissenschaft.

Es gab viele positive Äusserungen zum bisherigen Bestreben des BAFU, politische Planungsprozesse partizipativ zu gestalten. Von allen Stakeholdergruppen gab es jedoch Verbesserungsvorschläge für die Partizipation bei der Planung und Ausgestaltung einer Waldpolitik post-2020. In Tabelle 3 werden die Vorschläge pro Stakeholdergruppe in Stichworten aufgelistet.

Institutionen des politischen Systems	• Waldpolitik sollte von Bund und Kantonen gemeinsam formuliert werden • Rahmen vom Bund und Ausarbeitung durch die Kantone • Mit einem weissen Blatt anfangen und nicht bereits einen Entwurf vorlegen • Partizipation ist auch künftig wichtig • Jedoch aufpassen: es sind 26 Kantone, was kompliziert werden könnte • Prozess muss gut geführt werden, damit kein „Jekami“ (Jeder kann mitmachen) entsteht
Waldwirtschaft	• Es ist sehr wichtig, dass die Meinungen der walddnahen Verbände und wichtigen Stakeholder (Eigentümer, Waldnutzer, Waldarbeiter) frühzeitig eingeholt und gut einbezogen werden • Wenn man die Hauptbetroffenen intensiv einbindet, kommt man zu besseren Zielen • Wenn sie erst am Schluss einbezogen werden, entsteht eine Prinzip-Opposition • Schöne Politiken bringen nur etwas, wenn sie von den Personen im Wald umgesetzt werden
Holzwirtschaft	• Bei der Entwicklung der Waldpolitik 2020 gab es zwei Phasen: 1. Phase: Entwicklung WAP - alle waren miteinbezogen; sehr breit abgedeckt 2. Phase: Weiterentwicklung WAP = Entwicklung Waldpolitik 2020; viel enger abgedeckt (geschlossene Gremien) • In der grossen Menge der Stakeholder geht die Holzindustrie unter, sind aber monetär die wichtigsten Stakeholder (kaufen für über 30 Mio. Fr. Holz) und Motor der Waldbewirtschaftung • Fühlen sich gleich gewichtet wie Pilzler, Jäger und OL-Läufer, obschon sie Geld in die Hand nehmen und auch als Branche abhängig sind von der Schweizer Ressource Holz • Berater sollen in Zukunft objektiv sein, Abstand zur Schweizer Waldpolitik haben und auch die Forstpolitik in einem anderen Land kennen (z.B. ein Berater aus Freiburg im Breisgau) • Es sollte keine Abschottung der Schweiz entstehen
Umweltverbände	• Es wird sehr früh und fast ausschließlich auf Partizipation der wichtigen Stakeholder geachtet, jedoch: • Wichtig, dass auch Experten (Arten- und Lebensraumexperten) einbezogen werden, vor allem zu der Thematik Artenvielfalt • Es gibt Arten, die gegebene Ansprüche haben. Biologische Konstanten, und andere Werte, welche mit den Stakeholdern verhandelt werden, sind z.T. nicht ausreichend (z.B. brauchen bestimmte Arten einen bestimmten Anteil Totholz; bei anderen Werten von Totholz kommen diese Arten nicht mehr vor).
Übrige Verbände & Organisationen	• Bzgl. der Partizipation sollte ein Mittelweg gefunden werden • Top-down ist nicht gut und extreme Partizipation ist zu aufwändig
Wissenschaft & Bildung	• Wichtig, dass der Bund die Kantone gut einbezieht • Beispiel: wie bei WAP könnte man einen Workshop machen ○ BAFU kann aufzeigen, was bisher erreicht wurde ○ Horizont aufzeigen (was kommt jetzt) ○ Inputs der Stakeholder aufnehmen • Man sollte einzelne Waldeigentümer, Praktiker und Vertreter der forstliche Bildung mehr miteinbeziehen; nicht nur Verbände, sondern einzelne Personen

Tabelle 3: Verbesserungsvorschläge für den partizipativen Ansatz

Wahrnehmung des bisherigen Ansatzes

Die Waldpolitik 2020 wurde in Abstimmung mit den Kantonen und weiteren Stakeholdern erarbeitet und danach vom Bundesrat verabschiedet. In den Interviews wurde die Frage gestellt, wie dieses Modell wahrgenommen wird und insbesondere, ob es sinnvoll, angemessen und effizient sei. Es wurde auch die Möglichkeit gegeben, andere Partizipationsmodelle vorzuschlagen.

Von den 11 Interviewten fanden 8 das bisherige Modell sinnvoll. Gelobt wurde insbesondere die Verabschiedung durch den Bundesrat, da so die Glaubwürdigkeit erhöht werde. Sechs fanden den Ansatz angemessen und nur 5 effizient. Verbesserungsvorschläge und Kommentare gab es aus fast allen Stakeholdergruppen. Sie werden in Tabelle 4 aufgelistet.

Institutionen des politischen Systems	• gemeinsame Verabschiedung mit den Kantonen im Sinne einer Waldpolitik Schweiz
Waldwirtschaft	• Partizipation ist sehr wichtig aber Gewichtung der Stakeholder sollte angepasst werden • Mass der Betroffenheit muss stärker gewichtet werden (z.B. Nicht in Ordnung, dass Biker gleich intensiv eingebunden werden wie Waldeigentümer) • Intensiverer Einbezug von Waldbewirtschaftern und Waldeigentümern
Holzwirtschaft	• Beim Entwurf sollen die Forstdienste, die Waldbesitzer und die Forstverbände miteinbezogen werden, denn sie haben eine andere Problemwahrnehmung • Siehe Motion 13.3248 „Wald-Agenda 2030“
Umweltverbände	• Möglichst früher Einbezug von Experten, um biologische und ökologische Fakten einzuholen
Übrige Verbände & Organisationen	
Wissenschaft & Bildung	• Waldpolitik ist eine Verbundaufgabe, daher könnte der Bund die Kantone besser einbeziehen • Jedoch ganz klar eine nationale Strategie und das ist gut so

Tabelle 4: Verbesserungsvorschläge und Kommentare der Stakeholder zum Partizipationsmodell

2.6 Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen

Weiter wurden die Interviewpartner zur Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen befragt. Diese Fragen bezogen sich nicht auf die Waldpolitik 2020, sondern auf die Motion 13.3363 der Finanzkommission des Nationalrates - „Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen“ - welche im Dezember 2014 respektive im März 2015 von den eidgenössischen Räten angenommen wurde. Damit wird der Bundesrat beauftragt, dem Parlament eine Analyse aller Verbundaufgaben, zu welchen die Waldpolitik gehört, vorzulegen. Dabei muss er zu jeder Verbundaufgabe festhalten, ob es zweckmässiger ist, dass sie eine solche bleibt oder ob sie ganz in Bundes- oder Kantonshoheit überführt werden sollte (Das Schweizer Parlament, 2015).

Wald als Verbundaufgabe

Die Vertreter wurden gefragt, ob aus ihrer Sicht der Wald weiterhin eine Verbundaufgabe bleiben sollte oder ob der Wald die Aufgabe des Bundes oder der Kantone sein sollte. Alle Vertreter, ausser einem der Waldwirtschaft, antworteten, dass der Wald weiterhin eine Verbundaufgabe bleiben solle. Die Begründungen dafür und dagegen werden in Tabelle 5 zusammengefasst.

	Argumente für Verbundaufgabe mit Verbesserungsvorschlägen	Argumente gegen Verbundaufgabe
Institutionen des politischen Systems	• Verbundaufgabe weil Wald ein öffentliches Gut sei: Bund sollte Rahmen vorgeben, Kantone sollten lokale und regionale Ausführung ermöglichen • Das Grundkonstrukt sei gut wie auch die Verteilung (z.B. Finanzierungsmittel: 30-40% vom Bund und der Rest von den Kantonen)	• Aber wenn eher Aufgabe von Bund oder Kantonen, dann solle Kompetenz eher bei Kantonen sein
Waldwirtschaft	• Bund solle den Kantonen mehr Vorschriften machen • Verbundaufgabe sei realistisch, aber Bund solle den Kantonen mehr Vorschriften machen • Vereinfacht politischen Prozess	• Aufgabe solle beim Bund liegen, denn so wäre es einheitlich • Gewisse Kantone nutzen die finanziellen Mittel für den Wald nicht
Holzwirtschaft	• Die Holzwirtschaft habe nicht regionale, sondern schweizweite Bedürfnisse • Für Holzindustrie machen Kantonsgrenzen keinen Sinn; es gäbe 26 verschiedene Bewältigungsstrategien z.B. für einen Sturm wie Lothar, was für die Holzindustrie sehr kompliziert wäre • Regionalität im Allgemeinen sehr wichtig bei der Waldpolitik. Aber es gäbe übergeordnete Bedürfnisse, welche einheitlich angegangen werden müssen. Es sei deswegen wichtig, dass sich die höhere Stufe (Bund) mit der Waldpolitik beschäftigt • Es würde keinen Sinn machen, wenn jeder Kanton ein Waldgesetz hätte	Keine
Umweltverbände	• Kann sich nichts anderes vorstellen • Keine schlechte Erfahrung gemacht • Wald ist eine kantonale Aufgabe aber der Bund setzt Rahmenbedingungen. Bei Aufgaben, welche im öffentlichen Interesse sind, definiert der Bund die Massnahmen	Keine
Übrige Verbände & Organisationen	• Wald erfüllt eine wichtige öffentliche Leistung (strategische Ebene des Bundes) • Umsetzung bei den öffentlichen Diensten der Kantone. • „Kantone sind gut organisiert für die Implementierung der Strategie“	Keine
Wissenschaft & Bildung	• Sehr lokales /dezentrales Problem deshalb sind Kantone wichtig • Jedoch ist die Lastenverteilung zwischen den Kantonen sehr ungleich, deshalb muss Bund involviert sein • Überragende Bedeutung des Waldgesetzes, aber Kantone sind näher am Wald: „Gemeinsam stärker“ und „Gegenseitig respektieren“	Keine

Tabelle 5: Argumente für und gegen „Wald als Verbundaufgabe“

Aufteilung der Kompetenzen und Verantwortung zwischen Bund und Kantonen

Bei der Frage, ob die Kompetenzen und Verantwortung zwischen Bund und Kantonen heute „optimal“ aufgeteilt seien, haben alle Vertreter ausser denjenigen der Wald- und Holzwirtschaft relativ positiv geantwortet. Die Tabelle 6 fasst diese Argumente zusammen.

	Positive Argument (heute „optimal“)	Negative Argumente (heute nicht „optimal“)
Institutionen des politischen Systems	Es gäbe unterschiedliche nationale bzw. kantonale Interessen; die heutige Aufgabenteilung trage dem Rechnung und sichere einen qualitativ guten und einheitlichen Vollzug unter Beachtung der regionalen Besonderheiten	Keine
Waldwirtschaft	Keine	- Heute hätten die Kantone zu viele Kompetenzen (mit Neuem Finanzausgleich (NFA)). In gewissen Kantonen werden die finanziellen Mittel gar nicht ausgeschöpft - Verbundaufgabe (so wie es vor der NFA war) sei sinnvoller und integraler
Holzwirtschaft	Die Verteilung sei eigentlich gut: Bund übernimmt schweizweite Aufgaben bezüglich Wald und alles andere machen die Kantone	- Nicht optimal, denn heute gäbe es 26 Königreiche - Die Verteilung werde nicht optimal umgesetzt
Umweltverbände	Gute Balance zwischen Zentralisierung und Föderalismus	Keine
Übrige Verbände & Organisationen	- Wald erfüllt eine wichtige öffentliche Leistung (strategische Ebene des Bundes) - Umsetzung bei den öffentlichen Diensten der Kantone	Keine
Wissenschaft & Bildung	Für Wissenschaft sei es eher schwierig zu beurteilen, da nicht direkt betroffen	Bildung im Waldbereich als Verbundaufgabe laufe nicht so optimal, denn jeder Kanton mache was er wolle

Tabelle 6: Aufteilung der Kompetenzen und Verantwortung zwischen Bund und Kantonen

Die unterschiedlichen Vertreter der Stakeholdergruppen hatten bezüglich der Verteilung der Kompetenzen und Aufgaben zwischen Bund und Kantonen widersprüchliche Meinungen. Zum Beispiel fanden Vertreter der Institutionen des politischen Systems, dass der Bund teilweise etwas stark auftrete, und dass momentan die Gefahr der Monopolisierung durch den Bund sehr gross sei. Der Bund sei aufgrund internationaler Verträge und Vereinbarungen, welche das Tempo der gesetzlichen Revisionen beschleunigen, unter Druck. Deshalb müsse man aufpassen, dass die momentane Aufteilung erhalten bleibe. Im Gegensatz dazu sagten Vertreter der Waldwirtschaft, dass der Bund stärker auftreten solle bzw. dass er stärkere Vorgaben machen und nicht nur über Finanzierung regulieren solle. Auch der Vertreter der übrigen Verbände und Organisationen fand, dass der Bund in zwei Bereichen mehr machen könne:

1. Wirtschaftliche Aspekte: Der Bund gehe davon aus, dass dies die Aufgabe der Waldeigentümer sei. Aber dies sei eine „zu extreme“ Haltung. Der Bund solle ebenfalls für die wirtschaftlichen Aspekte Verantwortung übernehmen, da diese einem öffentlichen Interesse entsprächen.
2. Soziale Funktion des Waldes: Die Schweiz hat sehr viele urbane Gebiete, welche sehr nahe am Wald liegen. Dort sei die soziale Funktion des Waldes (Erholung) sehr wichtig (eventuell am wichtigsten). Der Bund solle dies als öffentliches Interesse wahrnehmen und mehr Verantwortung übernehmen.

Stakeholder der Waldwirtschaft empfanden auch, dass die NFA die früheren Verbundaufgaben „ganz auf die Kantone übertragen“ habe (Stichwort „Walderschliessung“), um Geld zu sparen. Diese Vertreter möchten, dass zum Beispiel die Walderschliessung wieder eine Verbundaufgabe werde, da sich dies bewährt habe: kantonale Eigenheiten konnten berücksichtigt werden, während der Bund über Instrumente für wichtige Strategien (z.B. Holznutzung) verfügte. Heute sei die Situation nicht mehr optimal, denn der Bund verlange etwas von den Kantonen, habe aber keine Instrumente, diese Ziele effektiv umzusetzen. Die Vertreter der Wissenschaft waren ganz anderer Meinung. Ein Vertreter sagte, dass die NFA eine positive Wirkung habe, weil sie zur klaren Zuordnung der Aufgaben und Verantwortungen geführt habe.

Von dem Vertreter der Holzwirtschaft wurde die generelle Problematik erwähnt, dass sich bei gewissen Themen weder Bund noch Kantone in der Verantwortung fühlen. Jeder sage, der andere sei verantwortlich und am Schluss mache es keiner.

Überprüfung der Verbundaufgabe

Zudem haben die Vertreter weitere Punkte genannt, die bei der Überprüfung der Verbundaufgabe zu beachten seien. Gemäss einem Vertreter der Institutionen des politischen Systems solle auf die Verlagerung der Kompetenzen geachtet werden bzw. auf die Gefahr der Monopolisierung durch den Bund. Dabei solle das Koordinationsgesetz eventuell angepasst werden. Die Holzwirtschaftsvertreter sagten, dass die Frage, was zentral und was dezentral geregelt werden solle, genauer betrachtet werden müsse und dass die Struktur und Bedürfnisse der Holzwirtschaft miteinbezogen werden sollten.

Die Vertreter der Waldwirtschaft haben im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Verbundaufgabe diverse Themen angesprochen. Im Bereich Ökologie hinterfragte ein Vertreter der Waldwirtschaft, wie viel Steuerung wirklich nötig sei. Zudem solle der Bund im Bereich der Holznutzungsvorgaben mehr Kontrollen durchführen, da vergleichbare Kantone das Holznutzungspotential sehr unterschiedlich ausschöpfen. Ferner sollten die Walderschliessung sowie die Auswirkungen der Wechselkurskrise untersucht werden. Weiter möchten die Vertreter der Waldwirtschaft auch, dass gewisse Vereinbarungen zum Wald, die in der NFA festgehalten sind, verstärkt angegangen werden und neue Themen aufgenommen werden, wie zum Beispiel die Waldverjüngung. Zudem müssten auch die Instrumente überprüft werden, denn neue Ziele seien sinnlos, wenn sie mit den heutigen Instrumenten nicht umgesetzt werden können. Bezüglich des Forstpersonals sollten laut Vertretern der Waldwirtschaft folgende Punkte beachtet werden: 1) Soziale Aspekte und 2) der starke Preisdruck in der Waldwirtschaft. Dieser führe zu vielen Unfällen und die Qualität der Arbeit könne nicht aufrechterhalten werden. Es sollen deshalb Rahmenbedingen bezüglich Qualität und Arbeitssicherheit für Waldarbeiter geschaffen werden. Somit könne auch bei tiefen Holzpreisen eine qualitativ gute Waldpflege gewährleistet werden. Die Vertreter der Umweltverbände betonten, dass es aus ihrer Sicht nicht wünschenswert ist, dass der Wald Aufgabe des Kantons wird. Falls dies aber der Fall wäre, müsste sichergestellt werden, dass auch auf kantonaler Ebene die Normwerte berücksichtigt werden.

Der Vertreter der übrigen Verbände und Organisationen nannte zwei Aspekte, die berücksichtigt werden sollten. Einerseits solle die Finanzierung, vor allem im Bereich Waldbiodiversität, genauer betrachtet werden. Dort gibt es Ziele, die im öffentlichen Interesse stehen, aber auch Ziele der Waldeigentümer, die im Widerspruch zu den öffentlichen Zielen stehen. Aus diesem Grund sollte der Bund mehr Anreize schaffen, damit die Waldeigentümer die Ziele der Öffentlichkeit umsetzen. Das bedeutet, dass der Bund für wichtige öffentliche Ziele mehr zahlen müsse. Andererseits sollte die NFA-Philosophie vermehrt umgesetzt werden. Das Handbuch sei sehr detailliert und zum Teil inkohärent. Denn eigentlich sei der Bund für die strategischen Aspekte zuständig und die Kantone für die Umsetzung, jedoch seien im

Handbuch gewisse Punkte zur Umsetzung auf Bundesebene festgehalten. Die Kantone bräuchten mehr Freiraum bei der Umsetzung.

Die Wissenschafts- und Bildungsvertreter sagten, dass Sozialpartner (wie zum Beispiel der Verband Schweizer Forstpersonal (VSF) und Waldeigentümer) noch vermehrt an Bord geholt werden sollten. Zudem betonten sie, dass Wissenschaft und Bildung weiterhin berücksichtigt werden sollten.

3. Auswertung der Online Umfrage

Nach Abschluss der Experteninterviews wurde in einem zweiten Schritt eine Online Umfrage durchgeführt. Diese diente dazu, wesentliche Ergebnisse aus den Interviews zu überprüfen und zu vertiefen. Die Befragung richtete sich an eine Auswahl von politischen Vertretern, Verbänden und Organisationen, die die Breite und Vielfalt der Waldstakeholder in der Schweiz widerspiegelt. Insgesamt wurden 83 Personen eingeladen, an der Umfrage teilzunehmen²; mit absolut 45 ausgefüllten Fragebögen betrug die Rücklaufquote 54%. Abbildung 6 zeigt die Aufteilung der angeschriebenen und antwortenden Personen nach Stakeholdergruppen. Aus allen Stakeholdergruppen ausser der Wasserwirtschaft gab es Antworten.

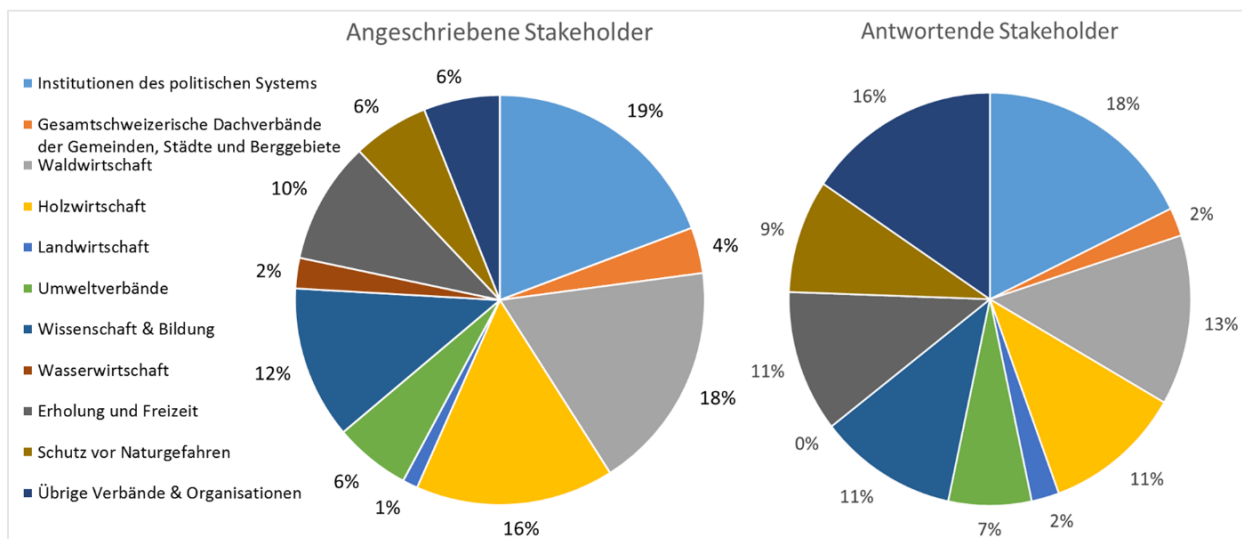


Abbildung 6: Angeschriebene und antwortende Waldstakeholder nach Gruppen

In der Online Umfrage wurden vier Themenblöcke behandelt: (i) Ziele der Waldpolitik 2020 und post-2020, (ii) Partizipation und Verbindlichkeit der Waldpolitik, (iii) Wichtigkeit von und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen/Institutionen und (iv) Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Die Auswertung der Ergebnisse folgt dieser Struktur.

3.1 Ziele der Waldpolitik 2020 und post-2020

In den Experteninterviews war auffällig, dass dem Ziel 6 der Waldpolitik 2020 - „Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Waldwirtschaft ist verbessert“ - eine vergleichsweise hohe Priorität eingeräumt wurde. Dieses Ergebnis ist interessant, da Ziel 6 nicht zu den Schwerpunktzielen des Bundes gehört. In der Online Umfrage wurde daher die Frage nach der Wichtigkeit einzelner Ziele wiederholt. Es sollten jeweils

² In Anhang 1 werden alle Stakeholder, die angeschrieben wurden (1 bis 83) und/oder die Online Umfrage beantwortet haben, mit ihren Akronymen aufgelistet. 4 Personen, die ursprünglich nicht angeschrieben wurden, beantworteten den Fragebogen. Sie wurden zur Gruppe „übrige Verbände und Organisationen“ hinzugefügt. Diese Liste wurde in Absprache mit der Abteilung Wald des BAFU erarbeitet und im Laufe der Interviews ergänzt (im ersten Schritt der Studie).

die drei wichtigsten Ziele sowie das unwichtigste Ziel benannt werden. Insgesamt beantworteten 40 von 45 Personen diese Frage.

Abbildung 7 zeigt das Ergebnis der Frage nach den drei wichtigsten Zielen. Es durften drei Ziele genannt werden. Ziel 1 „Das Potenzial nachhaltig nutzbaren Holzes wird ausgeschöpft“ wurde am häufigsten (18%) als eines der drei wichtigsten Ziele genannt. Danach folgt Ziel 3 „Die Schutzwaldleistung ist gesichert“. Ziel 6 erhielt mit 14% den dritthöchsten Anteil aller Nennungen, gefolgt von Ziel 11 mit 12%. Diese Ergebnisse stimmen mit den Ergebnissen der Experteninterviews insofern überein, dass den Zielen 1 „Das Potenzial nachhaltig nutzbaren Holzes wird ausgeschöpft“, 3 „Die Schutzwaldleistung ist gesichert“, 6 „Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Waldwirtschaft ist verbessert“ und 11 „Bildung, Forschung und Wissenstransfer sind gewährleistet“ insgesamt die höchste Priorität beigemessen wird. Die Reihenfolge war in den zwei Umfragen jedoch unterschiedlich.

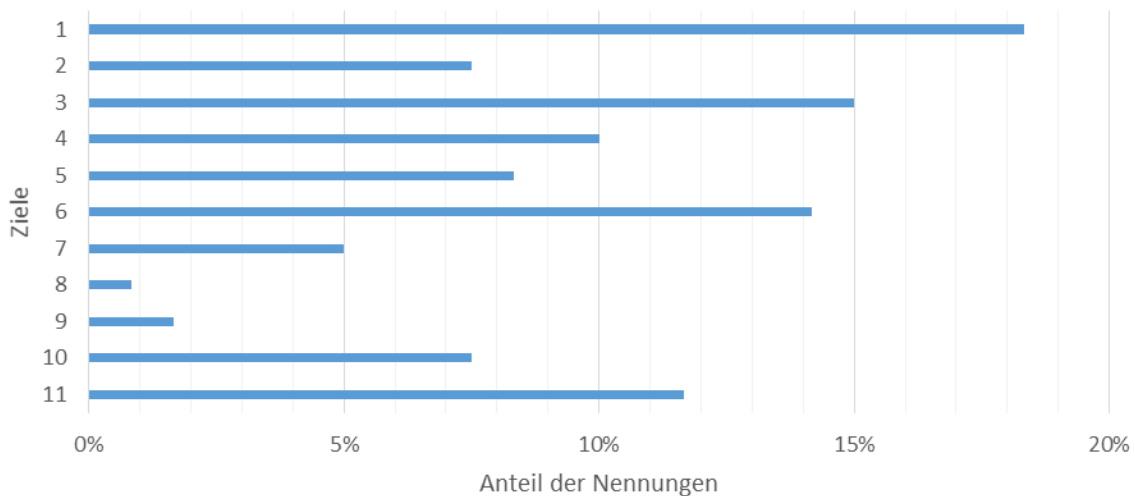


Abbildung 7: Ergebnis der Frage nach den 3 wichtigsten Zielen

Abbildung 8 zeigt die Ergebnisse nach Stakeholdergruppen aufgeschlüsselt. In dieser Abbildung ist jede Stakeholdergruppe gleich gewichtet, unabhängig von der absoluten Anzahl Antworten (d.h. jede Gruppe verteilt 100 Prozentpunkte auf die 11 Ziele). Durch diese Berechnungsweise ergeben sich leichte Verschiebungen in der relativen „Länge“ der Balken. Die Ziele 1, 3, 6 und 11 erhalten jedoch weiterhin die meisten Stimmenprozente. Auffällig ist, dass diesen vier Zielen gruppenübergreifend eine hohe Priorität zugesprochen wird. Eine Ausnahme bilden die Umweltverbände, die keines der Ziele 1, 3 oder 6 bei den wichtigsten 3 Zielen sehen.

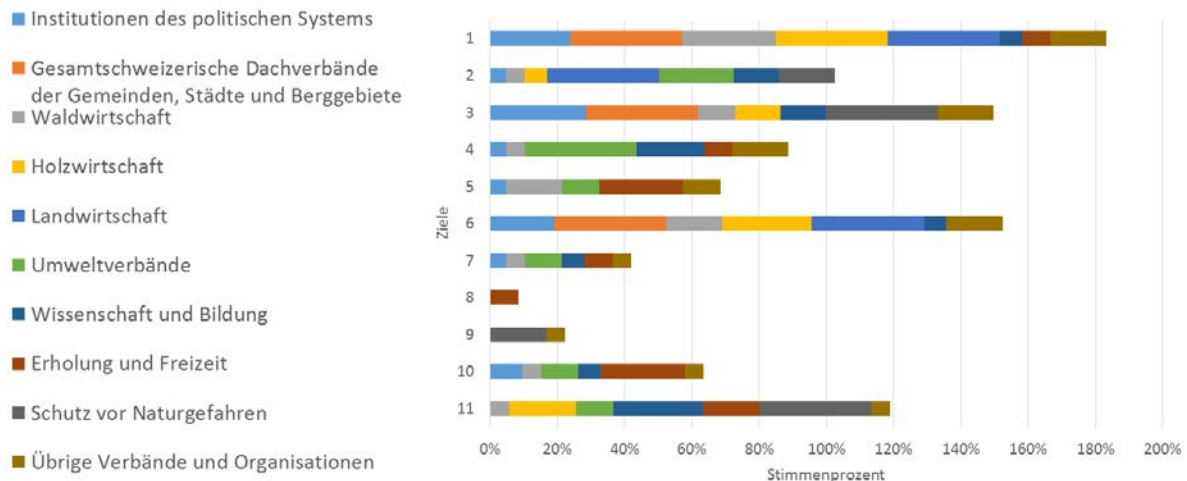


Abbildung 8: Ergebnis der Frage nach den 3 wichtigsten Zielen mit gleicher Gewichtung jeder Stakeholdergruppe

In Abbildung 9 wird das Ergebnis der Frage nach dem unwichtigsten Ziel dargestellt. Es konnte nur ein Ziel genannt werden. Es zeichnen sich drei Gruppen ab. In der ersten Gruppe (>13% Nennungen) sind die Ziele 4, 5, 6, 9, 10. Ziel 5 „Die Waldfläche bleibt erhalten“ erhielt mit 16% der absoluten Nennungen den höchsten Wert. Dies ist bemerkenswert, da Ziel 5 ein Schwerpunktziel ist. In der zweiten Gruppe (>3% & <13% Nennungen) befinden sich die Ziele 1, 2 und 8. In der dritten Gruppe (<3%) sind die Ziele mit wenigen Nennungen als unwichtigste Ziele. Dies sind die Ziele 3, 7 und 11.

Interessant ist, dass die Ziele 1 und 6 absolut sowohl häufig als unwichtigste Ziele, als auch als wichtigste Ziele genannt wurden. Bei den Zielen 3 und 11 scheinen solche Divergenzen weniger ausgeprägt. Sie erhielten viele Nennungen als wichtigste und wenige als unwichtigste Ziele.

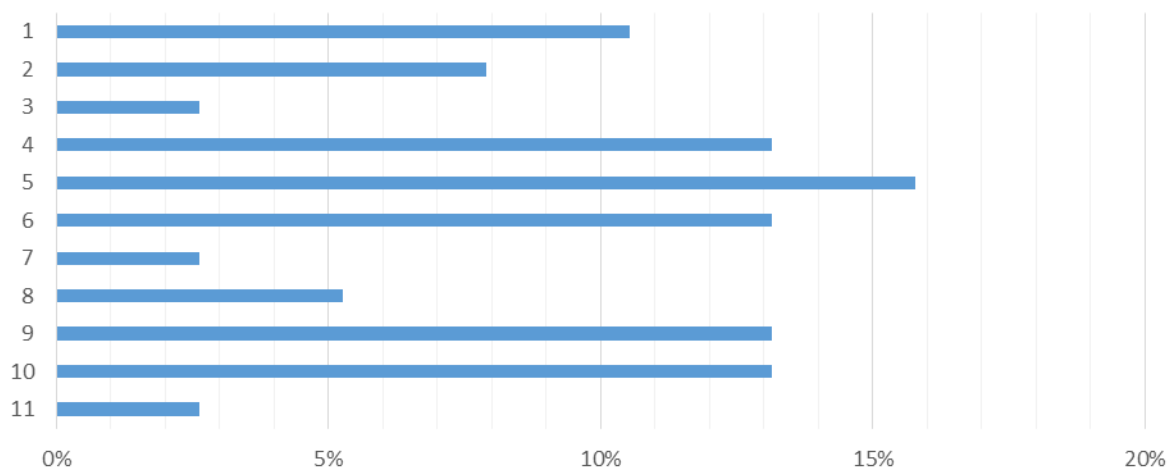


Abbildung 9: Ergebnisse der Frage nach dem unwichtigsten Ziel

Abbildung 10 zeigt analog zu Abbildung 8 die Ergebnisse zur Frage nach dem unwichtigsten Ziel mit gleicher Gewichtung jeder Stakeholdergruppe. Aus der Aufschlüsselung der Daten nach Stakeholdergruppe wird ersichtlich, dass Ziel 5 nicht nur am meisten Stimmenprozent, sondern auch von am meisten Gruppen Stimmen erhielt. Die Ablehnung für Ziel 6 wird überwiegend von den Umweltverbänden getragen, die einheitlich dieses Ziel als Unwichtigstes bezeichnet. Dieses Ergebnis ist überraschend, da die Bewirtschaftung durchaus positive Effekte auf die Biodiversität haben kann (Weber

und Berchten, 2010) und die Bewirtschaftung ohne leistungsfähige Betriebe vielerorts stark eingeschränkt wäre. Ziel 1 erhielt nur von den Stakeholdergruppen Wissenschaft und Bildung sowie Erholung und Freizeit Nennungen als unwichtigstes Ziel.

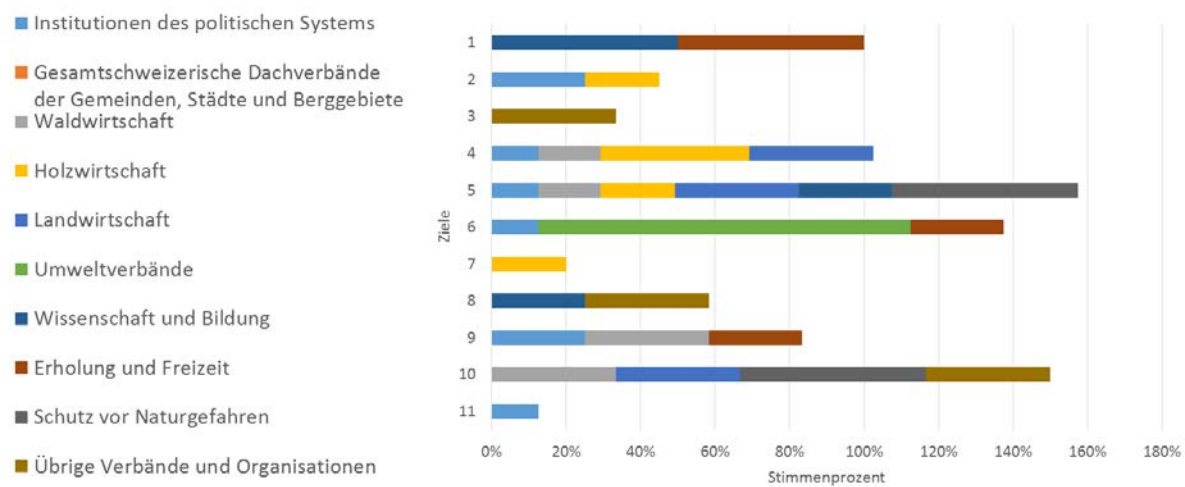


Abbildung 10: Ergebnis der Frage nach dem unwichtigsten Ziel mit gleicher Gewichtung jeder Stakeholdergruppe

In einer weiteren Frage sollten die Waldstakeholder angeben, ob in einer Waldpolitik post-2020 von den Zielen 6 bis 11 eines oder mehrere als neue Schwerpunktziele aufgenommen werden sollten. Das Ziel dieser Frage war, zu überprüfen, ob es auch in der breiteren Basis eine starke Priorität für Ziel 6 gibt. Es zeigte sich, dass jeweils über die Hälfte der Antwortenden eine Aufnahme der Ziele 6 respektive 11 als Schwerpunktziel befürworten würden (siehe Abbildung 11).

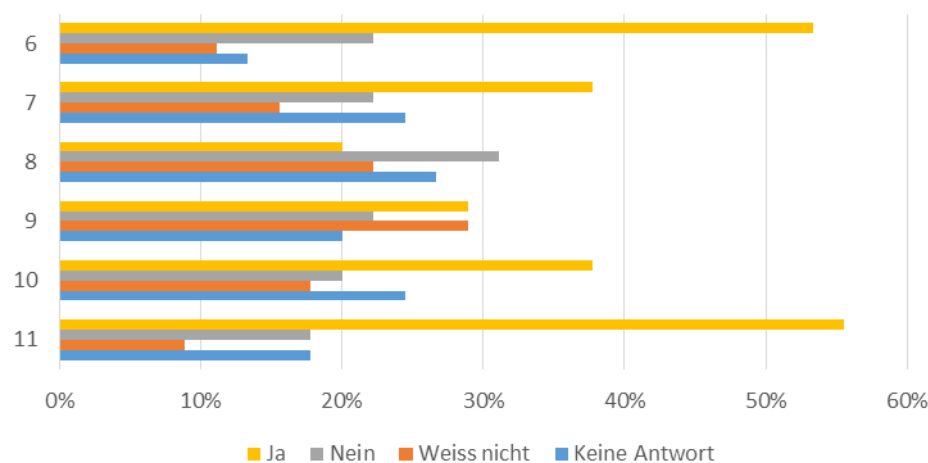


Abbildung 11: Meinungen zur Aufnahme der Ziele 6 bis 11 als Schwerpunktziele

In den Experteninterviews wurden Anliegen für die kommenden rund zwanzig Jahre diskutiert, die nur teilweise von den 11 Zielen der Waldpolitik 2020 abgedeckt werden. In der Online Umfrage galt es herauszufinden, ob es weitere konkrete Vorschläge für neue zusätzliche Ziele gibt. Diese Frage war offen.

Konkret antworteten auf die Frage, ob in einer Waldpolitik post-2020 zusätzlich neue Ziele berücksichtigt werden sollten 49% mit „Nein“, 38% mit „Ja“ und 13% gaben keine Antwort. Nachfolgend sind die genannten Vorschläge aufgelistet. Einige der Punkte sind als Ergänzungen zu bestehenden Zielen zu

verstehen und sind nicht im engeren Sinne Vorschläge für komplett neue Ziele. Zudem müssten die Vorschläge bezüglich Kohärenz überprüft werden.

- Waldflächenpolitik soll gelockert werden
- Integration der Waldpolitik mit anderen Sektoralpolitiken
- Der Wald leistet einen wichtigen Beitrag an eine CO₂-neutrale Energieversorgung
- Die Potentiale aus der Energiestrategie des Bundesrats sind für den Wald und die ländlichen Regionen genutzt
- Adaptation und Mitigation der Schweizer Wälder an die Klimaerwärmung
- Kongruenz mit internationalen Standards
- Öffentlichkeitsarbeit, Bildung und Sensibilisierung ausbauen
- Wirtschaftlichkeit der Waldnutzung muss verbessert werden und die Rechte der Waldeigentümer sind zu stärken
- Waldbauliche Strategien hinsichtlich ökonomischer Optimierung erarbeiten und implementieren (z.B. mit Waldhandbuch)
- Förderung der Wertschöpfungskette Holz
- Umsetzung der Biodiversitätsziele Wald
- Erhaltung und Förderung der genetischen Diversität der einheimischen Baumarten und der prioritären Waldstandorte
- Alle Waldleistungen sollen abgegolten werden: CO₂-Senkenleistung, Erholungsnutzen, Wirkung als Luft und Wasserreiniger etc.
- Inwertsetzung aller wichtigen Waldleistungen
- Bei Ziel 1 sollten für die Abschätzung der nachhaltigen Holznutzung auch die Auswirkungen auf andere Waldleistungen berücksichtigt werden (nicht nur Nachwuchsrate)
- Die Erholungsfunktion des Waldes bleibt erhalten
- Der Wald soll als Freizeit- und Erholungsraum allen Nutzergruppen in einem angemessenen Masse zur Verfügung stehen
- Mehr Wald-Wild Bildung, Wissenstransfer

Im Anschluss an die offene Frage wurden die in den Experteninterviews genannten zukünftigen Anliegen und Herausforderungen aufgelistet. Die Teilnehmer der Online Umfrage wurden gebeten anzugeben, welche der Anliegen ihrer Meinung nach unter allen Umständen in einer Waldpolitik post-2020 berücksichtigt werden sollten. Diese Frage wurde bewusst nach der offenen Frage nach zusätzlichen Zielen gestellt, um die Antworten nicht durch Suggestion zu beeinflussen. Tabelle 7 zeigt die Ergebnisse dieser Frage. Die Antworten sind sortiert nach dem Anteil Befürworter. 38 von 45 Personen beantworteten diese Frage.

In den Experteninterviews genannte zukünftige Anliegen und Herausforderungen	Anteil Befürworter für Berücksichtigung in Waldpolitik post-2020
Förderung der Ausbildung von Fachleuten der Wald- und Holzwirtschaft	54%
Anreize zur Nutzung und Verwendung von Schweizer Holz in der Schweiz	46%
Schutz der Waldfläche	38%
Formulierung der Waldpolitik als integrale Politik	33%
Rolle der Infrastruktur, insbesondere der Walderschliessung	33%
Erhalt der Waldbiodiversität	33%
Inwertsetzung sämtlicher Waldleistungen (z.B. Trinkwasser, CO2 Speicherung...)	31%
Finanzierung von Forschungsstrategien und Forschungsprojekten	28%
Förderung des Austauschs zwischen Stakeholdern	18%
Gezielte Weiterentwicklung des Baumportfolios (unter Berücksichtigung des Klimawandels und den Erwartungen der Holzwirtschaft)	15%
Weiterentwicklung und Konkretisierung des naturnahen Waldbaus	15%
Rahmenbedingungen für einen Gesamtarbeitsvertrag für Forstpersonal	13%
Weiterentwicklung der Strategien zum Umgang mit Schadorganismen	8%
Keines dieser Anliegen	0%

Tabelle 7: Berücksichtigung zukünftiger Anliegen und Herausforderung

3.2 Partizipation und Verbindlichkeit der Waldpolitik

In den Experteninterviews wurden zwar Verbesserungsvorschläge in Bezug auf den Prozess der Planung und Ausgestaltung der Waldpolitik 2020 genannt, insgesamt wurde die Partizipation jedoch als gelungen bewertet. Da die für diese Studie ausgewählten Experten sich vermutlich überdurchschnittlich stark in die Planung eingebracht und mit der Ausgestaltung der Waldpolitik 2020 auseinandergesetzt haben, wurde diese positive Bewertung in der Online Umfrage überprüft. Die Teilnehmer sollten angeben, inwiefern sie folgender Aussage zustimmen: „Der Prozess der Planung und Ausgestaltung der Waldpolitik 2020 war in Hinblick auf die Partizipation der Stakeholder insgesamt gelungen.“ 2% antworteten, diese Aussage „trifft zu“ und 29% sie „trifft eher zu“. Dahingegen antworteten 18% sie „trifft eher nicht zu“ und 4% sie „trifft nicht zu“. Insgesamt bewertete jedoch nur etwas mehr als die Hälfte der Antwortenden die Aussage. Die übrigen gaben keine Antwort (13%) oder antworteten mit „weiss nicht“ (33%). Dabei ist zu beachten, dass der Planungsprozess so ausgelegt war, dass nur wenige Vertreter pro Stakeholdergruppe teilnehmen sollten. Tabelle 8 zeigt die Antworten aufgeschlüsselt nach Stakeholdergruppen. Insbesondere Vertreter der Landwirtschaft und der Umweltverbände widersprachen der Aussage, dass die Partizipation der Stakeholder insgesamt gelungen war. Die übrigen Gruppen zeigen ein eher positives oder ein heterogenes Bild.

	Trifft zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft nicht zu	Weiss nicht	Keine Antwort
Institutionen des politischen Systems	0	4	1	0	2	1
Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	0	1	0	0	0	
Waldwirtschaft	1	1	1	1	1	1
Holzwirtschaft	0	2	1	0	1	1
Landwirtschaft	0	0	1	0	0	
Umweltverbände	0	0	2	0	1	
Wissenschaft und Bildung	0	2	0	0	3	
Erholung und Freizeit	0	1	0	0	4	
Schutz vor Naturgefahren	0	1	0	0	1	2
Übrige Verbände und Organisationen	0	1	2	1	2	1

Tabelle 8: Bewertung der Partizipation nach Stakeholdergruppe

In einer weiteren Frage wurde erhoben, wie die Wichtigkeit der Mitwirkung einzelner Stakeholder bei der Ausarbeitung einer Waldpolitik post-2020 eingeschätzt wird. Die Stakeholdergruppen finden fast

einstimmig, dass Bund und Kantone eine sehr wichtige Rolle spielen sollten. Die Einschätzung der Wichtigkeit der anderen Stakeholder variiert stark zwischen den Stakeholdergruppen. Diese Einschätzungen werden detailliert in Anhang 1 dargestellt.

In den Experteninterviews wurden Vorschläge für die Verbesserung der Partizipation in Hinsicht auf die Planung und Ausgestaltung einer Waldpolitik post-2020 genannt. Diese Vorschläge wurden in der Online Umfrage aufgelistet und die Befragten wurden gebeten anzugeben, welche Vorschläge ihrer Meinung nach unter allen Umständen Berücksichtigung finden sollten. 38 von 45 Personen beantworteten diese Frage. Die Ergebnisse werden in Tabelle 9 aufgezeigt. Die grösste Zustimmung gab es für den Vorschlag, dass die Waldpolitik von Bund und Kantonen gemeinsam formuliert und von beiden verabschiedet werden solle. Ebenfalls viel Zustimmung gab es für den Vorschlag, zukünftig walddnahe Verbände und wichtige Stakeholder in die Ausarbeitung und Verabschiedung der Texte stärker einzubinden.

In den Experteninterviews genannte Vorschläge zur Verbesserung der Partizipation	Anteil Befürworter für Berücksichtigung des Vorschlags
Die Waldpolitik sollte von Bund und Kantonen zusammen formuliert und von beiden verabschiedet werden.	71%
Die walddnahen Verbände und wichtigen Stakeholder (Eigentümer, Walddnutzer, Walddarbeiter) sollten stärker in die Ausarbeitung und Verabschiedung der konkreten Texte eingebunden werden.	61%
Die Forstdienste und die Walddwirtschaftsakteure sollten stärker einbezogen werden.	37%
Möglichst früher Einbezug von Biodiversitäts-Experten, um biologische und ökologische Fakten einzubeziehen oder zu berücksichtigen.	32%
Einzelne Waldeigentümer, Praktiker und Vertreter der forstlichen Bildung sollten mehr miteinbezogen werden; nicht nur die nationalen Verbände.	24%
Mittelweg bei der Partizipation wählen; hohe Partizipation ist zu aufwändig.	21%
Einbezug von nicht-professionellen Walddnutzern.	16%
Keiner dieser Vorschläge	0%

Tabelle 9: Bewertung der Vorschläge zur Verbesserung der Partizipation

In Bezug auf die Verbindlichkeit der Waldpolitik wurde gefragt, ob eine Waldpolitik post-2020 nicht nur mit den Stakeholder abgestimmt, sondern auch verpflichtend sein sollte. Die Waldpolitik 2020 ist eine Strategie und ein Tool für den Bund (Federführung BAFU), welches vom Bundesrat gutgeheissen worden ist und strategische Stossrichtungen und konkrete Massnahmen seitens des Bundes festlegt. Sie ist für andere Stakeholder aber nicht verpflichtend. Es wurde deshalb gefragt, ob eine mögliche Verpflichtung für „alle Akteure (bzw. Stakeholder)“, „Bund und Kantone“ oder den „Bund“ gelten solle. Zur Veranschaulichung des Begriffs „alle Akteure“ wurde folgende Liste aufgeführt: Bund, Kantone, Waldeigentümerverbände, einzelne Waldeigentümer, Walddwirtschaftsverbände, Walddwirtschaftsunternehmer, Holzwirtschaftsverbände, Holzwirtschaftsunternehmer, Umwelt-NGOs, Walddnutzer, Landwirtschaft, Raumplanung, Wasserwirtschaft, Energiewirtschaft, Naturgefahren. Für jede Alternative gab es die Antwortoptionen „stimme zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme nicht zu“ und „weiss nicht“. Das Ergebnis (siehe Tabelle 10) zeigt, dass sich eine Mehrheit dafür ausspricht, dass eine zukünftige Waldpolitik sowohl für den Bund als auch für die Kantone verbindlich sein soll (62% stimmen ganz oder eher zu). Dass diese nur für den Bund verbindlich sein soll, findet eine etwas weniger starke Zustimmung (44% stimmen ganz oder eher zu).

	Alle Akteure	Bund und Kantone	Bund
Stimme zu	11%	33%	31%
Stimme eher zu	20%	29%	13%
Stimme eher nicht zu	16%	4%	9%
Stimme nicht zu	29%	7%	16%
Weiss nicht	7%	4%	2%
Keine Antwort	18%	22%	29%

Tabelle 10: Beurteilung zur Verbindlichkeit der Waldpolitik

3.3 Wichtigkeit und Qualität der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen/Institutionen

Um aufzuzeigen, welche Stakeholder für die Weiterentwicklung der Waldpolitik als wichtig empfunden werden und welche Stakeholder miteinander zusammenarbeiten, wurden die Befragten gebeten, aus einer Liste von Stakeholdern (siehe Anhang 1) die aus ihrer Sicht entsprechenden Stakeholder anzukreuzen. Zuerst wurden die Befragten angehalten, diejenigen Stakeholder auf der Liste anzukreuzen, die sie bei der laufenden Ergänzung des Waldgesetzes (Ausarbeitungsphase, Vernehmlassungsphase und Erstat) vom 14.9.2012 bis zum 9.3.2015 als besonders wichtig empfunden haben. 29 von 45 Personen beantworteten diese Frage.

Abbildung 12 zeigt die Stakeholder, welche jemanden als wichtig genannt haben (Pfeil weg vom Stakeholder) sowie diejenigen Stakeholder, die von anderen Stakeholdern als wichtig genannt wurden (Pfeil zum Stakeholder)³, auf. Jeder Punkt repräsentiert einen Stakeholder (für die Aufschlüsselung der Akronyme siehe Anhang 1). Die gelbmarkierten Stakeholder sind diejenigen, die am häufigsten als wichtig eingeschätzt wurden (vgl. Tabelle 11). Insgesamt wurden 81 Stakeholder bzw. Punkte in Abbildung 12 genannt. Die Graphik weist ein relativ dichtes Netzwerk von Stakeholdern auf, die einander als wichtig empfinden. D.h. es werden nicht unterschiedliche und unabhängige Gruppen identifiziert, sondern ein relativ kohärentes Netzwerk mit einem kompakten Kern und einigen Stakeholdern in der Peripherie. Eine solche Kohärenz deutet wiederum auf ein koordiniertes Netzwerk hin, wo diverse Stakeholder als wichtig empfunden werden. Im Vergleich haben Analysen in anderen Sektoren, wie z.B. im Wassersektor, fragmentierte Netzwerke aufgewiesen. In diesen Netzwerken wurden z.B. nur öffentliche Stakeholder als wichtig für einen Prozess empfunden und es gab auch unterschiedliche Gruppierungen, bzw. Sub-Gruppen, im Netzwerk (Lieberherr und Ingold, in Erarbeitung).

³ Folgende Stakeholder wurden weder selber von anderen als wichtig genannt, noch haben sie einen anderen Stakeholder wichtig genannt, und deshalb erscheinen sie nicht auf Abbildung 12: aus dem Bereich Holzwirtschaft das Forum Holz (FH), Lehmann Holzwerk AG und Corbat Holding SA, aus dem Bereich Wasserwirtschaft der Schweizerische Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW) und der Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband, von den übrigen Verbänden und Organisationen die Gemeinde St. Moritz.

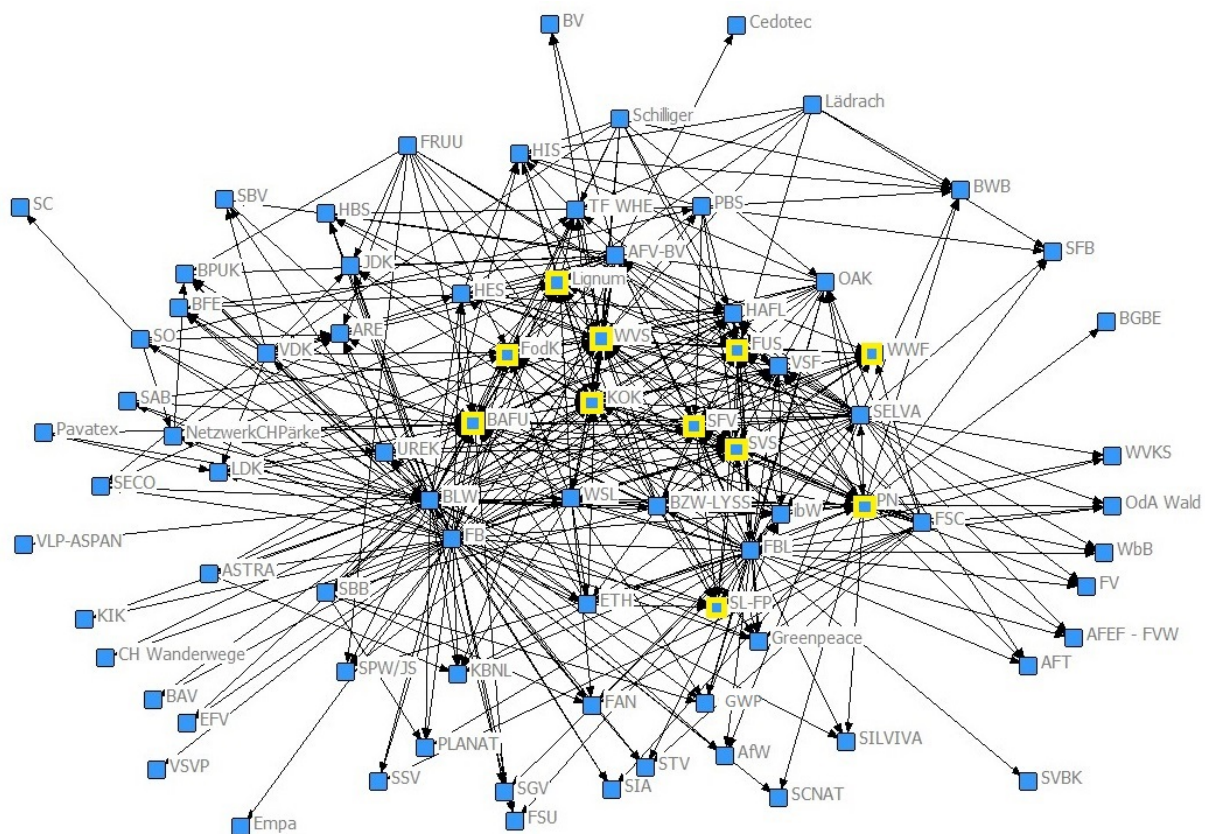


Abbildung 12: Wichtigkeit der Stakeholder bei der laufenden Ergänzung des Waldgesetzes ⁴

In Tabelle 11 werden diejenigen Stakeholder aufgelistet, die mehr als 10-mal von anderen Stakeholdern als wichtig genannt wurden und in Abbildung 12 gelbmarkiert sind. Es sind insgesamt 11 Stakeholder. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) ⁵, wurde am häufigsten, der Verband Waldwirtschaft Schweiz (WVS) am zweithäufigsten und die Konferenz der Kantonsförster (KOK) am dritthäufigsten als wichtig genannt. Weiter ist es bemerkenswert, dass die Stakeholder im Kern des Netzwerks von diversen Stakeholdergruppen stammen (vgl. Tabelle 11): aus den Gruppen Umweltverbände (36.4% von den 11 Stakeholdern in Tabelle 11), Institutionen des politischen Systems (27.4% von den 11 Stakeholdern), Waldwirtschaft (18% der 11 Stakeholder) und Holzwirtschaft und übrige Verbände und Organisationen (je 9.1% der 11). Es fällt auf, dass die politischen Entscheidungsträger nicht im Kern des Netzwerkes vertreten sind. Dies ist besonders interessant, da es sich bei dem Prozess um ein Gesetzesvorhaben handelt. Es muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass die Befragung vor dem politischen Prozess (Zweitrat, Frühlingssession 2015) stattgefunden hat. Eventuell hätte das Ergebnis anders ausgesehen, hätte es gleichzeitig oder nach diesem Prozess stattgefunden.

Stakeholder ⁶	BAFU	WVS	KOK	FodK	PN	FUS	SVS	Lignum	SL-FP	WWF	SFV
Anzahl „wichtig“	30	29	24	17	15	13	13	13	11	11	11
Anzahl/mögliche Nennungen	66%	77%	53%	38%	33%	29%	29%	29%	24%	24%	24%

Tabelle 11: Stakeholder, die am häufigsten als „wichtig“ genannt wurden

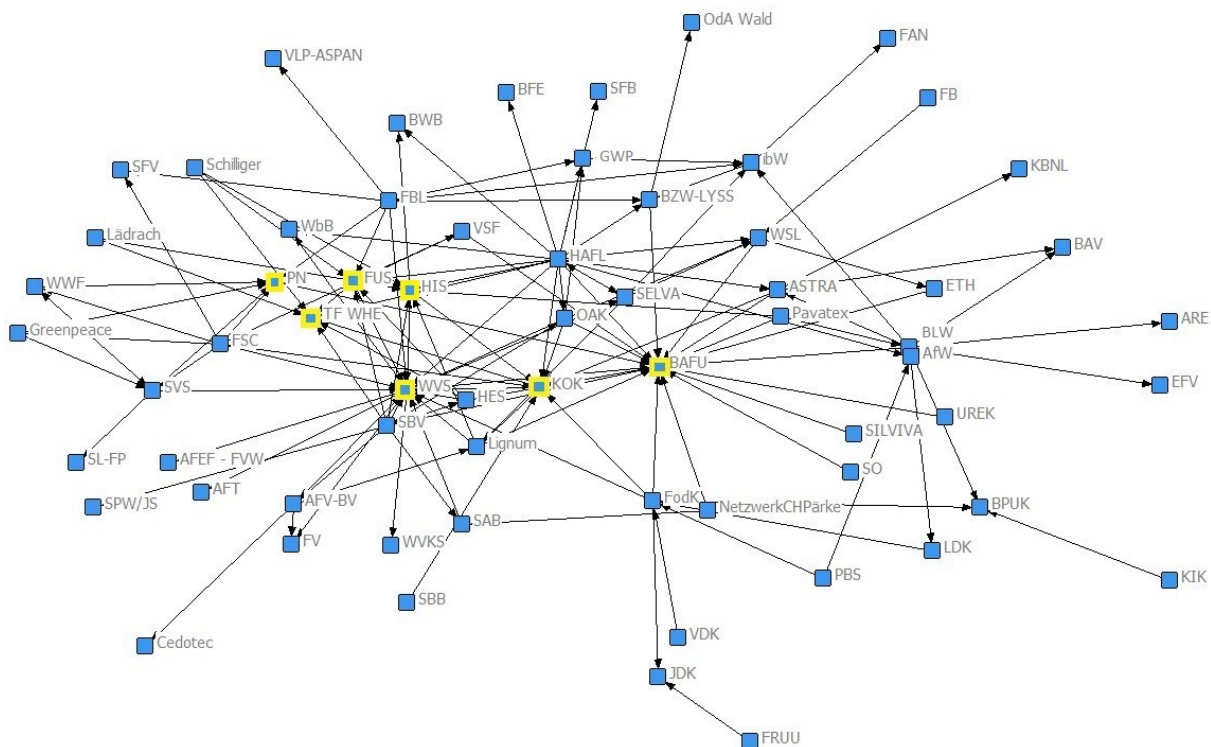
Die Befragten wurden auch gebeten, diejenigen Stakeholder auf der Liste anzukreuzen, mit denen sie bei der laufenden Ergänzung des Waldgesetzes (Ausarbeitungsphase, Vernehmlassungsphase und Erstrat)

⁴ Ausarbeitungsphase, Vernehmlassungsphase und Erstrat; vom 14.9.2012 bis zum 9.3.2015.

⁵ Abgefragt wurde: die Direktion sowie die Abteilungen Wald, Gefahrenprävention, Arten, Ökosysteme, Landschaften, Klima, Wasser.

⁶ Bzgl. Akronyme siehe Anhang 1.

Im Vergleich zu Abbildung 12 ist das Netzwerk in Abbildung 13 viel weniger dicht. Dies deutet darauf hin, dass es bei der eigentlichen Zusammenarbeit weniger Kohärenz gibt als bei der Wahrnehmung, wie wichtig es ist. Es gab viele Nennungen zur Wichtigkeit der verschiedenen Stakeholder, aber vergleichsweise wenige bezüglich einer Zusammenarbeit. Obwohl mehr Befragte diese Frage beantwortet haben (n=32 im Vergleich zu n=29), weist das Netzwerk der Zusammenarbeit weniger Stakeholder auf als das der Wichtigkeit. Insgesamt wurden bei der Frage der Zusammenarbeit 65 Stakeholder genannt (im Vergleich zu 81 Stakeholdern bei Wichtigkeit). Diese Diskrepanz könnte darauf hinweisen, dass es mehr Potenzial für Zusammenarbeit gibt als bisher tatsächlich stattgefunden hat, vorausgesetzt, dass das Empfinden von Wichtigkeit mit dem Bedürfnis für Zusammenarbeit zusammenhängt. In Abbildung 12 sehen wir, dass beispielsweise das Forum Biodiversität (FB) als relativ wichtig empfunden wird, aber in Abbildung 13 wird ersichtlich, dass dieser Stakeholder wenig in die Zusammenarbeit einbezogen ist. Bei der Zusammenarbeit sind dieselben drei Stakeholder am häufigsten genannt worden, wie oben bei Wichtigkeit: das BAFU, die WVS und die KOK (siehe Tabelle 12).



⁷ Folgende Stakeholder wurden weder selber von anderen angekreuzt, noch haben sie eine Zusammenarbeit mit einem anderen Stakeholder genannt, und deshalb erscheinen sie nicht auf Abbildung 11: von den Institutionen des politischen Systems das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), die Bundesversammlung (BV); von der Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete den Schweizerischer Gemeindeverband (SGV) und den Schweizerischer Städteverband (SSV); von der Waldwirtschaft die Bernburger Forstbetriebe BGBE; von der Holzwirtschaft den Holzbau Schweiz HBS, das Forum Holz, die EMPA, Lehman und Corbat; von der Wissenschaft und Bildung die Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT), den Schweizer Ingenieur- und Architektenverein (SIA), von der Wasserwirtschaft die SVGW und SWV; von Erholung und Freizeit den Schweizer Tourismus Verband (STV), Swiss Cycling (SC), den Verband Schweizerischer Vereine für Pilzkunde (VSPV) und Verband Schweizer Wanderwege (CH Wanderwege); von Schutz vor Naturgefahren die Nationale Plattform für Naturgefahren (PLANAT); von den übrigen Verbände und Organisationen den Schweizerischer Verband der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK), den Fachverband Schweizer Raumplaner (FSU) und die Gemeinde St. Moritz.

Tabelle 12 fasst diejenigen Stakeholder zusammen, die 5 oder mehr Male von anderen Stakeholdern für „enge Zusammenarbeit“ genannt wurden. Diese sind in Abbildung 13 gelb markiert. Von diesen 7 Stakeholdern stammen je ca. 29% (2 von den 7 Stakeholdern in Tab. 12) aus den Stakeholdergruppen Institutionen des politischen Systems, Waldwirtschaft und Holzwirtschaft. Zudem stammen ca. 13% (1 von den 7 Stakeholdern) aus der Gruppe Umweltverbände.

Stakeholder ⁹	BAFU	WVS	KOK	TF WHE	HIS	FUS	PN
Anzahl „enge Zusammenarbeit“	19	15	7	7	6	5	5
Anzahl/mögliche Nennungen	14%	33%	16%	16%	13%	11%	11%

Tabelle 12: Stakeholder, die am häufigsten für „enge Zusammenarbeit“ genannt wurden

Zudem wurden die Vertreter der Stakeholdergruppen gefragt, ob sie die in Abbildung 13 dargestellte Zusammenarbeit als zufriedenstellend empfunden haben oder nicht. Die Befragten konnten zwischen den Optionen „zufriedenstellend“, „eher zufriedenstellend“, „eher nicht zufriedenstellend“ oder „nicht zufriedenstellend“ auswählen. 34 von 45 Stakeholdern haben diese Frage beantwortet. Abbildung 14 zeigt, dass 73% der Befragten, die diese Frage beantworteten die Zusammenarbeit als „zufriedenstellend“ oder „eher zufriedenstellend“ empfunden haben. Je etwa 12% dieser positiven Aussagen stammen von Vertretern der Stakeholdergruppen Waldwirtschaft sowie Wissenschaft und Bildung, jeweils ca. 9% von den Gruppen Erholung und Freizeit, Holzwirtschaft, Institutionen des politischen Systems und Umweltverbände, ca. 6% von Stakeholdern der Gruppe Schutz vor Naturgefahren und jeweils ca. 3% von den Gruppen Landwirtschaft, gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete und den übrigen Verbänden und Organisationen. Lediglich ein Stakeholder (von der Holzwirtschaft) fand die Zusammenarbeit „nicht zufriedenstellend“ und ein Stakeholder (der Institutionen des politischen Systems) fand sie „eher nicht zufriedenstellend“. Die Aussage „weiss nicht“ wurde von 9% der Stakeholder der Kategorie übrige Verbände und Organisationen, von 6% der Vertreter der Institutionen des politischen Systems und jeweils von 3% der Stakeholder der Gruppe Waldwirtschaft und Wissenschaft genannt.

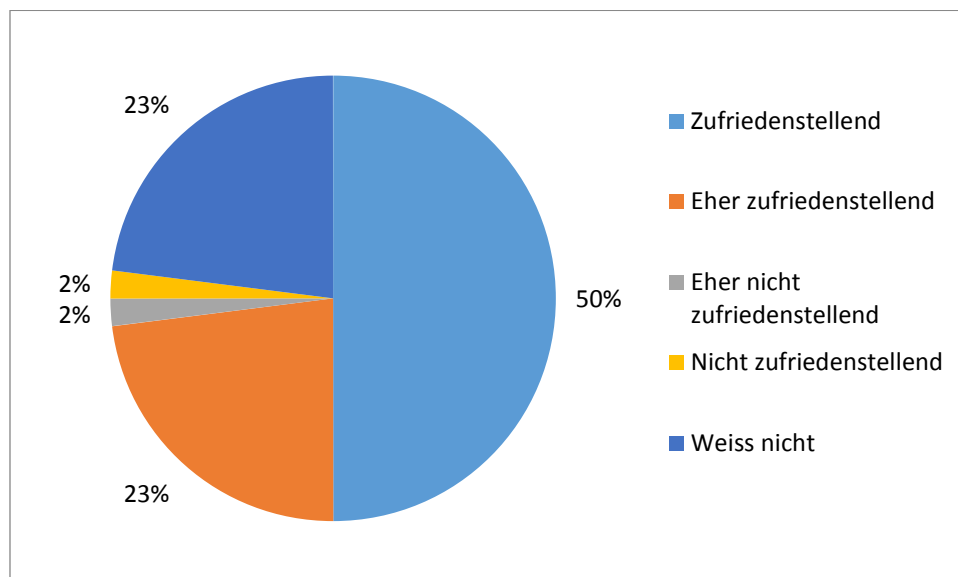


Abbildung 14: Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit bei der laufenden Ergänzung des Waldgesetzes¹⁰

⁸ Ausarbeitungsphase, Vernehmlassungsphase und Erstrat; vom 14.9.2012 bis zum 9.3.2015.

⁹ Bzgl. Akronyme siehe Anhang 1.

¹⁰ Ausarbeitungsphase, Vernehmlassungsphase und Erstrat; vom 14.9.2012 bis zum 9.3.2015.

Es waren im Allgemeinen nur zwei Stakeholder unzufrieden mit der Zusammenarbeit und haben Gründe genannt, wieso sie dies empfanden. Ein Stakeholder aus der Gruppe Institutionen des politischen Systems sagte, dass die „Zusammenarbeit mit Schutzorganisationen [...] nicht zufriedenstellend [war]: Zu einseitige, zu punktuelle, nicht integrale, wenig umsetzungsorientierte und kompromisslose Sichtweise.“ Der zweite Stakeholder, ein Vertreter der Holzwirtschaft, sagte: „Eine solche hat nicht stattgefunden; bis auf den aktuellen Umfragebogen hat die VDK nie etwas gehört, wurde nie einbezogen, ausser informell durch die FoDK.“

3.4 Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen

Im Rahmen der Experteninterviews befanden ausser einem Vertreter der Waldwirtschaft alle Befragten, dass der Wald weiterhin eine Verbundaufgabe bleiben sollte. Um dieses Ergebnis zu überprüfen, wurde dieselbe Frage in der Online Umfrage nochmals gestellt. Die Befragten konnten zwischen den Aussagen „Wald weiterhin als Verbundaufgabe“, „Wald als Aufgabe des Bundes“ und „Wald als Aufgabe der Kantone“ auswählen und dabei entweder „ja“, „nein“ oder „weiss nicht“ antworten. 37 von 45 Stakeholdern haben diese Frage beantwortet.

Wie in Abbildung 15 ersichtlich wird, sprachen sich 97% der Befragten, die diese Frage beantworteten für den Wald als Verbundaufgabe aus. Nur ein Stakeholder der Waldwirtschaft gab an, dass der Wald die Aufgabe des Bundes sein sollte. Die Ergebnisse stimmen also mit denen der Interviews überein.

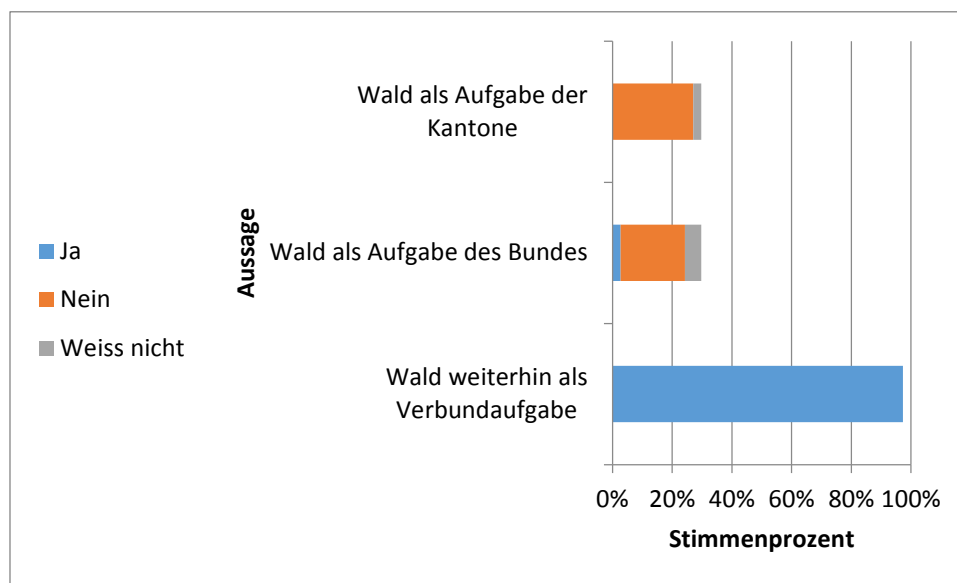


Abbildung 15: Waldpolitik als Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen

Um zusätzlich die Meinungen bezüglich der heutigen Aufteilung der Kompetenzen und Verantwortungen zwischen Bund und Kantonen zu erfassen, wurden bei der Online Umfrage verschiedene Aussagen aus den Experteninterviews abgefragt. Die Befragten erhielten eine Liste der Aussagen und wurden gefragt, welchen sie zustimmen; die Anzahl der Antworten war offen bzw. die Befragten mussten nicht jede Frage beantworten. 35 von 45 Stakeholdern haben diese Frage beantwortet. Tabelle 13 fasst die expliziten Zustimmungsprozente der Stakeholder zusammen.

#	In den Experteninterviews genannte Aussagen bezüglich der Aufteilung der Kompetenzen und Verantwortungen zwischen Bund und Kantonen	Explizite Zustimmung (%)
2	Bei gewissen Themen fühlen sich weder der Bund noch die Kantone verantwortlich	42.9%
7	Die NFA hat eine positive Wirkung auf die Verbundaufgaben (klare Zuordnung der Aufgaben und Verantwortungen)	42.9%
5	Walderschliessung sollte im ganzen Wald (innerhalb und ausserhalb des Schutzwaldes) eine Verbundaufgabe sein	40%
4	Der Bund sollte bei wirtschaftlichen Aspekten mehr Verantwortung übernehmen	37.1%
3	Der Bund sollte bei sozialen Aspekten (öffentliches Interesse) mehr Verantwortung übernehmen	22.9%
8	Zu starke Steuerung/Einflussnahme durch den Bund	17.1%
1	Dem Bund fehlen die Instrumente für eine effektive Umsetzung der Waldpolitik	14.3%
9	Der Bund sollte stärker auftreten	11.4%
10	Stimme keiner dieser Aussagen zu	5.7%
6	Kantone haben mit der NFA zu viel(e) Kompetenzen und Verantwortungen	2.9%

Tabelle 13: Explizite Zustimmung zu Aussagen über Aufteilung der Kompetenzen und Verantwortung zwischen Bund und Kantonen

Den Aussagen „Bei gewissen Themen fühlen sich weder der Bund noch die Kantone verantwortlich“ (Aussage 2) und „Die NFA hat eine positive Wirkung auf die Verbundaufgaben (klare Zuordnung der Aufgaben und Verantwortungen)“ (Aussage 7) wurde am häufigsten zugestimmt. Am dritt häufigsten wurde der Aussage „Walderschliessung sollte im ganzen Wald (innerhalb und ausserhalb des Schutzwaldes) eine Verbundaufgabe sein“ (Aussage 5) zugestimmt. Bemerkenswert ist die niedrige Zustimmung zur Aussage „Kantone haben mit der NFA zu viel(e) Kompetenzen und Verantwortungen“ (Aussage 6). Die Ergebnisse weisen zudem darauf hin, dass die Stakeholder der Meinung sind, dass der Bund mehr Verantwortung bei wirtschaftlichen als bei sozialen Aspekten übernehmen sollte (Aussagen 3 und 4).

Abbildung 16 zeigt die Ergebnisse der obigen 10 Aussagen (vgl. Tabelle 13) zur Aufteilung der Kompetenzen und Verantwortung zwischen Bund und Kantonen nach Stakeholdergruppen aufgeschlüsselt. In dieser Abbildung ist jede Stakeholdergruppe gleichgewichtet, unabhängig von der absoluten Anzahl Antworten aus einer Gruppe (Analog Abb. 8 und 10). Das bedeutet wiederum, dass jede Stakeholdergruppe einen Wert von 100% erreicht. Die Länge der Balken pro Stakeholder zeigt daher an, wie gross die Zustimmung in dieser Stakeholdergruppe ist. Auffällig ist, dass bei Aussage 2 „Bei gewissen Themen fühlen sich weder der Bund noch die Kantone verantwortlich“ Stakeholder aus fast jeder Gruppe zugestimmt haben, mit Ausnahme von den gesamtschweizerischen Dachverbänden und Schutz vor Naturgefahren. Dies könnte auf ein hin und her schieben der Verantwortung (z.B. Erschliessung ausserhalb des Schutzwaldes) zwischen Bund und Kantonen hindeuten. Durch die Gleichgewichtung aller Stakeholder sind leichte Verschiebungen in den Resultaten zu erkennen. Beispielsweise erhält Aussage 4 in Abbildung 16 im Unterschied zu Tabelle 13 eine leicht höhere Zustimmung als Aussage 5. Diese Verschiebungen sind jedoch minim und bestätigen damit die Zustimmungsraten von Tabelle 13.

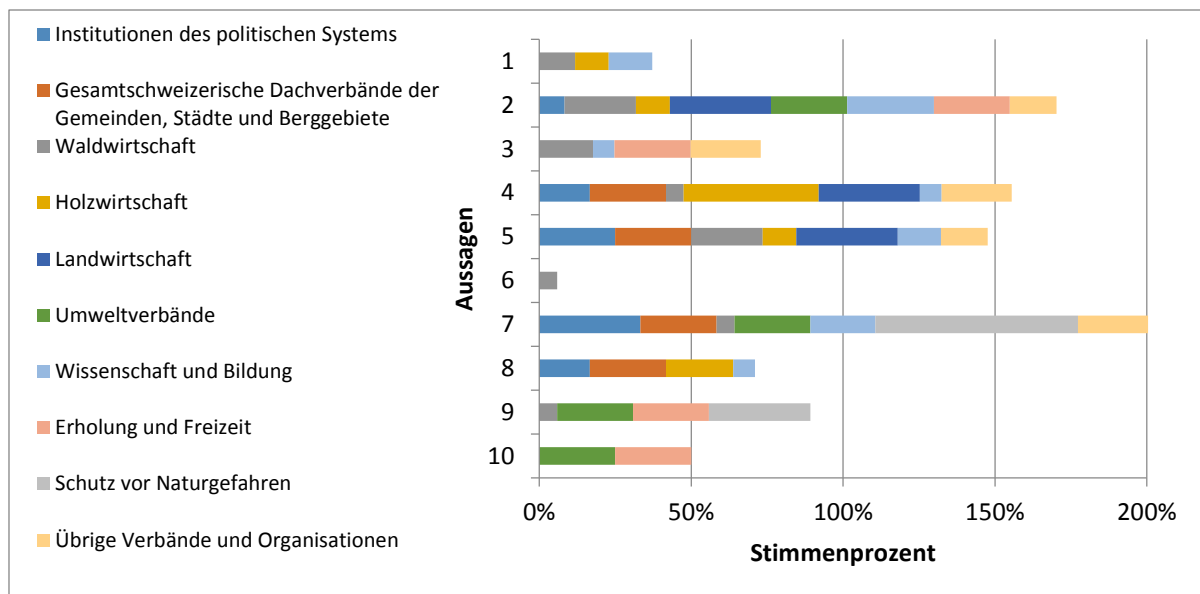


Abbildung 16: Zustimmung zu Aussagen über Aufteilung der Kompetenzen und Verantwortung zwischen Bund und Kantonen nach Stakeholdergruppen mit gleicher Gewichtung¹¹

3.5 Anmerkungen zu den Fragen

Am Schluss der Online Umfrage konnten die Befragten noch Anmerkungen festhalten. Es wurden nur zwei Kommentare gemacht, die relevant für die Analyse sind. Eine Anmerkung ist von einem Vertreter der Stakeholdergruppe Landwirtschaft und lautet: „Die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Waldes, der Wald- und Holznutzung muss in der Schweiz auf allen Verwaltungsstufen erste Priorität haben.“ Der andere Kommentar mit folgendem Wortlaut stammt von einem Stakeholder der Gruppe Waldwirtschaft: „Vielleicht wäre es grundsätzlich sinnvoll, die Zielsetzungen des Bundes an die öffentlichen Interessen des Steuerzahlers anzupassen und sich weniger von Verbänden und Institutionen leiten zu lassen. Statt der direkten Einflussnahme sollte sich der Bund um die Koordination aller anderen Politikbereiche auf Bundesebene in Bezug auf den Wald kümmern. Im Übrigen ist der Grundsatz ‚Nur wer bezahlt, befiehlt‘ anzuwenden.“ An dieser Stelle sollte angemerkt werden, dass die Verbände und Institutionen, die in dieser Studie berücksichtigt wurden, u.a. die Interessen der Steuerzahler vertreten (beispielsweise haben die Bundesämter eine delegierte Kompetenz durch politisch gewählte Akteure). Die Stakeholder, die in dieser Studie unterrepräsentiert sind, sind die Parteien, welche „nur“ durch die „Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament“ miteinbezogen wurden.

4. Fazit

Diese Studie hatte zum Ziel, im Vorfeld der Planung und Weiterentwicklung einer Waldpolitik post-2020, die Bedürfnisse und Interessen der Schweizer Waldstakeholder sowie deren Netzwerk zu untersuchen. Dazu wurden Interviews mit Vertretern unterschiedlicher Stakeholdergruppen sowie eine Online Umfrage durchgeführt.

Die Ergebnisse lassen folgende Antworten auf die eingangs gestellten Kernfragen zu. In Bezug auf die Wahrnehmung der aktuellen Waldpolitik 2020 lässt sich festhalten, dass aus Sicht der interviewten Stakeholder mit den 11 Zielen die wichtigsten mittel- bis langfristigen Herausforderungen der Schweizer Wald- und Holzwirtschaft aufgegriffen werden. Positiv bewertet wurde, dass die Waldpolitik eine

¹¹ Die Ziffern der Aussagen beziehen sich auf Tabelle 13.

ationale Strategie ist und vom Bundesrat gutgeheissen wurde. Kritisiert wurde teilweise die Gewichtung der Ziele. Insbesondere die Vertreter der Wald- und Holzwirtschaft waren nicht der Meinung, dass die Waldpolitik in ausgewogener Weise ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Ziele berücksichtige. Eine weitere Frage war, wie mit der Waldpolitik 2020 gearbeitet werde. Die Stakeholder sagten überwiegend aus, dass sie ein für ihre Belange geeignetes Paket an Instrumenten der Waldpolitik 2020 in Anspruch nehmen könnten. Zudem gibt es gemäss den interviewten Stakeholdern bei den Instrumenten keinen Änderungsbedarf. Es werden die klassischen Mittel mit möglichst grosser Wirkung angewendet. Es sagten nur wenige, dass sie sich reaktiv an die Instrumente der Waldpolitik 2020 anpassen müssten.

Die Fragen in Bezug auf die Priorisierung der Ziele wurden in den Interviews als auch in der Online Umfrage gestellt. An dieser Stelle sei nochmals erwähnt, dass die öffentliche Diskussion zum Zeitpunkt der Datenerhebung von der Frankenstärke, ausgelöst durch die Aufhebung des Euromindestkurses, geprägt war. Zudem wurden im Waldsektor in diesem Zeitraum der Fachkräftemangel und Fragen der wald- und forstspezifischen Ausbildung thematisiert. In beiden Erhebungen wurde den Zielen 1 „Das Potenzial nachhaltig nutzbaren Holzes wird ausgeschöpft“, 3 „Die Schutzwaldleistung ist gesichert“, 6 „Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Waldwirtschaft ist verbessert“, und 11 „Bildung, Forschung und Wissenstransfer sind gewährleistet“ die höchste Priorität eingeräumt. Dieses Ergebnis wird durch Zustimmung aus allen Stakeholdergruppen ausser von den Umweltverbänden getragen, die keines der Ziele 1, 3 und 6 unter den 3 wichtigsten Zielen sahen. Eine eindeutige Rangfolge der vier Ziele untereinander lässt sich jedoch nicht ableiten. Interessant ist, dass die Ziele 1 und 6 auch häufig als unwichtigste Ziele genannt wurden, die Ziele 3 und 11 dagegen selten. Dies deutet auf eine Diskrepanz zwischen den Anliegen der Stakeholder hin bzw. auf Unterschiede zwischen (Umwelt)Schutz- und Nutzinteressen. Bei den Antworten zur Frage nach dem unwichtigsten Ziel liessen sich die Ziele in drei Gruppen unterteilen. Zu den unwichtigsten Zielen (>13% Nennungen) gehörte Ziel 5 „Die Waldfläche bleibt erhalten“, welches eines der jetzigen Schwerpunktziele ist. Ziel 5 erhielt absolut die meisten Nennungen als unwichtigstes Ziel. Zudem wurde kein anderes Ziel von so vielen verschiedenen Stakeholdergruppen als unwichtigstes Ziel genannt. Während die Ziele 1 und 3 bereits Schwerpunktziele sind, zeigte sich in der Online Umfrage, dass es eine breite Zustimmung für eine zukünftige Aufnahme des Ziels 11 als Schwerpunktziel gibt. Die Ergebnisse zu Ziel 6 deuten auf eine Kontroverse hin. Einerseits gab es viele Befürworter für eine Aufnahme des Ziels als Schwerpunktziel, andererseits wurde Ziel 6 häufig auch, insbesondere von den Umweltverbänden, als unwichtigstes Ziel genannt.

Gefragt nach den Herausforderungen der nächsten rund 20 Jahre wurde in den Interviews eine Vielfalt von Aspekten genannt. Besonders häufig wurde eine wirtschaftlich nachhaltige und leistungsstarke Waldwirtschaft thematisiert. Ein weiteres Anliegen war die Sicherstellung der Waldleistungen einschliesslich eines Mechanismus zur Vergütung der Leistungen. Aspekte, die seltener genannt wurden, waren eine Weiterentwicklung des Baumportfolios unter Berücksichtigung des Klimawandels und Fragen der Wirtschaftlichkeit, die Erhaltung der Waldbiodiversität sowie die Erhaltung der Waldfläche. Teilweise wurden in Zusammenhang mit den genannten Anliegen auch Lösungsansätze vorgeschlagen. Aus der Online Umfrage gingen viele weitere Herausforderungen und Anliegen hervor (siehe Tab. 7), welche sich aber grösstenteils unter den bestehenden Zielen subsummieren lassen. Völlig neue Herausforderungen oder Ziele wurden nicht genannt. Eine zukünftige Waldpolitik scheint daher gemäss den vorliegenden Resultaten eher auf eine allfällige Neugewichtung der Ziele als auf eine vollkommene Neuformulierung der Ziele hinauszulaufen. Dabei müsste auf die Kohärenz der angepassten Ziele geachtet werden.

Der partizipative Prozess bei der Planung und Ausgestaltung der Waldpolitik 2020 wurde überwiegend als gelungen eingestuft, wobei nur etwas mehr als die Hälfte der Antwortenden in der Online Umfrage eine Bewertung abgaben. Kritische Stimmen bezüglich der Partizipation gab es aus den Stakeholdergruppen Landwirtschaft und Umweltverbände. In den Interviews wurden diverse Vorschläge zur Verbesserung der

Partizipation genannt. Diese wurden den Teilnehmern der Online Umfrage zur Bewertung vorgelegt. Der Vorschlag, die Waldpolitik von Bund und Kantonen gemeinsam formulieren und auf beiden Ebenen verabschieden zu lassen sowie der Vorschlag, zukünftig waldnahe Verbände und wichtige Stakeholder stärker in die Ausarbeitung und Verabschiedung der Texte einzubinden, fanden viel Zustimmung. Gleichzeitig wurde aber auch auf die Grenzen und Nachteile einer sehr breit angelegten Partizipation hingewiesen. Insgesamt weist die Studie darauf hin, dass ein stärkerer Einbezug von mehr Stakeholdern, vor allem den Kantonen, in die Ausarbeitung und Verabschiedung der Waldpolitik gewünscht wird. Dies dürfte aber Auswirkungen auf den Prozess sowie auf die „Flughöhe“ der Texte bzw. Dokumente einer Waldpolitik post-2020 haben. Das Abstraktionsniveau liesse sich erhöhen, wenn Konsens zwischen mehr Stakeholdern gesucht würde.

Mit Hilfe der Netzwerkanalyse sollte aufgezeigt werden, welche Wichtigkeit die Stakeholder sich bei der laufenden Ergänzung des Waldgesetzes (Ausarbeitungsphase, Vernehmlassungsphase und Erstrat) gegenseitig beimessen sowie welche und wie viele Stakeholder dabei miteinander eng zusammengearbeitet haben. Insgesamt zeigt die Analyse, dass es wenige Nennungen in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen Stakeholdern gab, es dagegen viele Nennungen in Bezug auf Wichtigkeit gab. Dies könnte darauf hinweisen, dass ungenutztes Potenzial für vermehrte Zusammenarbeit besteht. Die 11 Stakeholder, die mehr als 10-mal von anderen Stakeholdern als wichtig genannt wurden, sind BAFU, WVS, KOK, FodK, PN, FUS, SVS, Lignum, SL-FP, WWF und SFV (für eine Aufschlüsselung der Akronyme siehe Anhang 1). Die 7 Stakeholder, die unter dem Punkt „enge Zusammenarbeit“ fünf oder mehr Male von anderen Stakeholdern genannt wurden, sind: BAFU, WVS, KOK, TF WHE, HIS, FUS und PN. Bei der Frage der Wichtigkeit sowie der Zusammenarbeit wurden dieselben drei Stakeholder am häufigsten genannt: das BAFU, der WVS und die KOK. Obwohl die wichtigsten Stakeholder von diversen Stakeholdergruppen stammen (Umweltverbände, Institutionen des politischen Systems, Waldwirtschaft und Holzwirtschaft) ist das Ausbleiben der politischen Entscheidungsträger bei der Frage der Wichtigkeit sowie Zusammenarbeit bemerkenswert, weil es sich um ein Gesetzesvorhaben handelt. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass es in der Ergänzung des Waldgesetzes eher um „technische“ Anpassungen geht als um eine Neuausrichtung (siehe dazu Zimmermann et al., 2015). Eine zusätzliche Erklärung könnte auch sein, dass die Befragung vor dem politischen Prozess (Zweitrat Frühlingssession 2015) stattgefunden hat.

Ein weiterer Aspekt, der thematisiert wurde, war die Frage nach der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. In den Interviews wurde fast einstimmig die Meinung vertreten, dass der Wald weiterhin eine Verbundaufgabe bleiben solle. Dieses Ergebnis wurde auch von der Online Umfrage bestätigt. Es wurden diverse Argumente dafür und dagegen angeführt. Auch die Frage, ob die Kompetenzen und Verantwortung zwischen Bund und Kantonen heute „optimal“ aufgeteilt seien, wurde relativ positiv beantwortet. Diverse Aspekte, die in den Interviews in Hinblick auf die Überprüfung der Verbundaufgabe genannt wurden, wurden im Anschluss den Teilnehmern der Online Umfrage zur Bewertung vorgelegt (siehe Tab. 13). Folgende Aussagen fanden die meiste Zustimmung: „Bei gewissen Themen fühlen sich weder der Bund noch die Kantone verantwortlich“, „Die NFA hat eine positive Wirkung auf die Verbundaufgaben (klare Zuordnung der Aufgaben und Verantwortungen)“ und „Walderschliessung sollte im ganzen Wald (innerhalb und ausserhalb des Schutzwaldes) eine Verbundaufgabe sein“. Diese Ergebnisse könnten darauf hinweisen, dass der Weg (NFA) geeignet ist, aber noch nicht konsequent zu Ende gegangen wurde. Vor allem die letzte Aussage könnte auf Unklarheiten bei der Zuteilung der Verantwortung hindeuten, welches noch geklärt werden muss.

Insgesamt weist diese Studie über die Anliegen der „Waldstakeholder“ bzw. die betroffenen Akteure der Schweizer Waldpolitik auf eine positive Bilanz der Waldpolitik 2020 hin. Diese Politik scheint weitgehend die Belange der Stakeholder zu erfüllen und es werden die aus Sicht der Stakeholder relevanten Ziele berücksichtigt. Dennoch zeigt die Analyse Änderungsbedarf auf. Hervorzuheben sind hier insbesondere

eine allfällige Neugewichtung der Ziele sowie der Wunsch nach einem stärkeren Einbezug der Stakeholder in den Prozess der Ausarbeitung der Waldpolitik. Diese Ergebnisse können als Grundlage für die Planung der Erarbeitung einer Waldpolitik post-2020 dienen. Vor allem bei den Anliegen und Einschätzungen der Ziele scheint es wichtig zu sein, sie in der Zukunft miteinander abzustimmen. Die vorgeschlagenen Anliegen unterliegen oft Schutz- und Nutzungsinteressen, welche in Widerspruch zueinander stehen können. Dieser Bericht bietet somit einen Einblick in das Spannungsfeld zwischen den diversen Interessen der unterschiedlichen Stakeholdergruppen in der schweizerischen Waldpolitik. Eine geeignete Balance zu finden, bleibt eine Herausforderung für die Waldpolitik post-2020.

Wir möchten allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Studie, sowie den Teilnehmern der Pre-tests für die Zeit danken, die sie sich zur Beantwortung unserer Fragen nahmen. Wir hoffen, dass die Studie ein umfassendes Bild der aktuellen Anliegen der von der Schweizer Waldpolitik betroffenen Akteure aufzeigen konnte und so zur Planung der Erarbeitung einer Waldpolitik post-2020 beitragen kann.

Quellenverzeichnis

Bundesamt für Umwelt. 2013. Waldpolitik 2020. Visionen, Ziele und Massnahmen für eine nachhaltige Bewirtschaftung des Schweizer Waldes. BAFU, Bern: 66 S.

Lieberherr, E. und Ingold, I. In Erarbeitung. Beyond a logic of effectiveness: Horizontal coordination, democratic legitimacy and accountability.

Schweizer Parlament. 2015. Curia Vista – Geschäftsdatenbank: 13.3363 – Motion: Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen. URL:

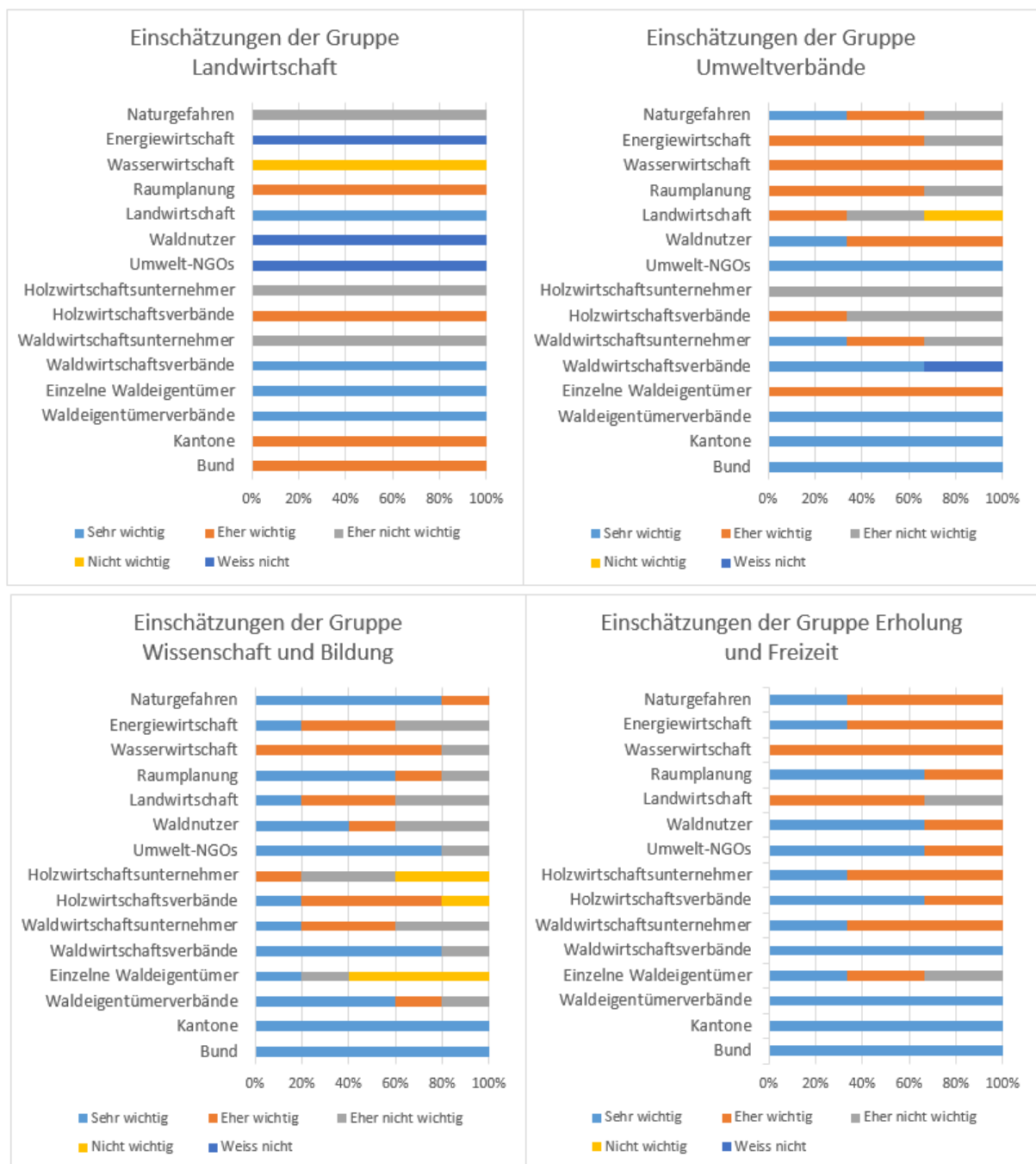
http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20133363 (Stand: 23.04.2015).

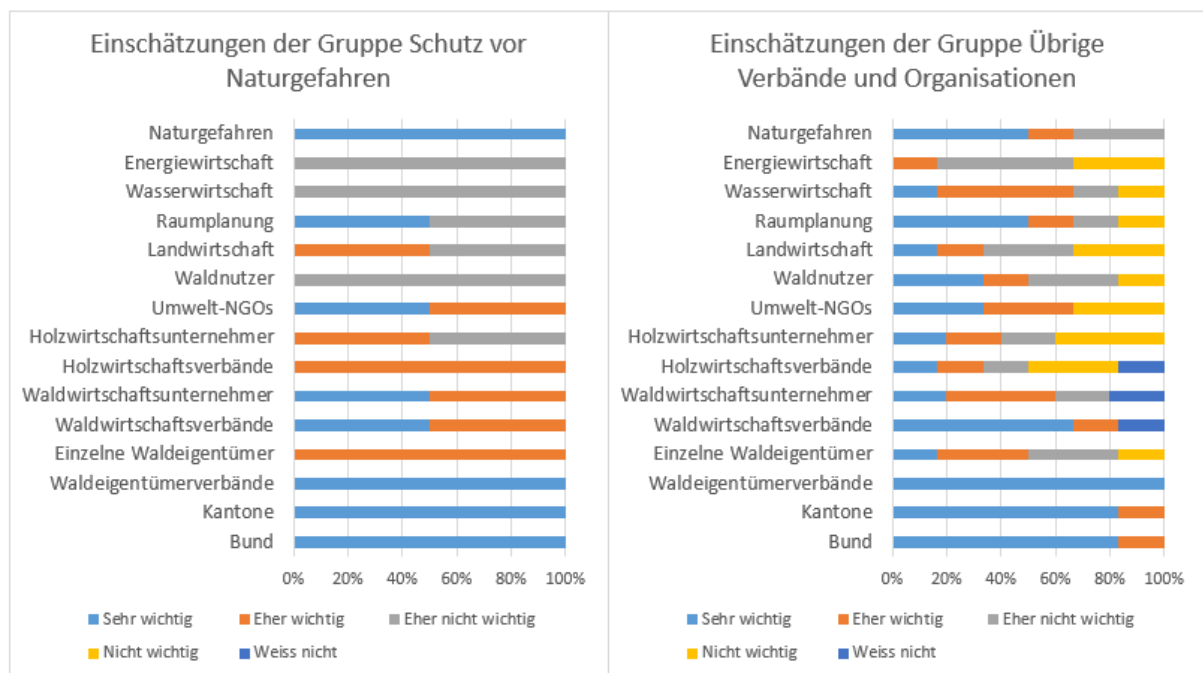
Weber, D. und Berchten, F. 2010. Biodiversität und Holznutzung – Synergien und Grenzen. Daten und Fakten. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt BAFU im Rahmen des Aktionsplans Holz. Hintermann und Weber AG.

Zimmermann, W., Steinmann, K. und Lieberherr, E. 2015. Waldpolitischer Jahresrückblick 2014. *Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen*, 166(4): S. 238-245.

Anhang 1: Einschätzungen der Stakeholdergruppen in Bezug auf die Wichtigkeit der Mitwirkung einzelner Stakeholder bei der Ausarbeitung einer Waldpolitik post-2020*







* 37 von 45 Stakeholder beantworteten diese Frage

Anhang 2: Liste der Stakeholder*

Institutionen des politischen Systems	Akronym
1. Bundesamt für Umwelt BAFU	BAFU
2. Bundesamt für Landwirtschaft	BLW
3. Bundesamt für Energie	BFE
4. Bundesamt für Raumentwicklung	ARE
5. Staatssekretariat für Wirtschaft SECO	SECO
6. Bundesamt für Strassen	ASTRA
7. Bundesamt für Verkehr	BAV
8. Eidgenössische Finanzverwaltung	EFV
9. Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz	BPUK
10. Jagddirektorenkonferenz	JDK
11. Landwirtschaftsdirektorenkonferenz	LDK
12. Konferenz der Kantonsförster	KOK
13. Forstdirektorenkonferenz	FodK
14. Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz	KBNL
15. Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament	BV
16. Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie	UREK
Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	
17. Schweizerischer Gemeindeverband	SGV
18. Schweizerischer Städteverband	SSV
19. Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	SAB
Waldwirtschaft	
20. Waldwirtschaft Schweiz	WVS
21. Forstunternehmer Schweiz	FUS
22. Verband Schweizer Forstpersonal	VSF
23. Oberallmeindkorporation	OAK
24. Forstbetrieb der Burgergemeinde Lengnau	FBL
25. Berner Waldbesitzer	BWB
26. Bernburger Forstbetriebe	BGBE
27. Staatsforstbetriebe Bern	SFB
28. La Forestière	AFV-BV
29. Waldbesitzer-Verband des Kantons Schaffhausen	WVKS
30. Waldwirtschaftsverband beider Basel	WbB
31. Forêt Valais – Walliser Wald	FV
32. SELVA	SELVA
33. Freiburgischer Verband für Waldwirtschaft	AFEF - FVW
34. Forestaviva Associazione forestale ticinese	AFT
Holzwirtschaft	
35. Lignum Holzwirtschaft Schweiz	Lignum
36. Holzenergie Schweiz	HES
37. Task Force Wald+Holz+Energie	TF WHE
38. Holzbau Schweiz	HBS
39. Holzindustrie Schweiz	HIS
40. Pavatex	Pavatex
41. Forum Holz	FH
42. Cedotec	Cedotec
43. Empa	Empa
44. Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren	VDK
45. Lehmann Holzwerk AG	Lehman
46. Schilliger Holz AG	Schilliger
47. Corbat Holding SA	Corbat
Landwirtschaft:	
48. Schweizerischer Bauernverband	SBV
Umweltverbände	
49. Pro Natura	PN
50. Stiftung Landschaftsschutz Schweiz	SL-FP
51. WWF Schweiz	WWF

52. Schweizer Vogelschutz SVS/BirdLife Schweiz	SVS
53. Greenpeace Schweiz	Greenpeace
Wissenschaft und Bildung	
54. WSL	WSL
55. ETH	ETH
56. HAFL	HAFL
57. Försterschule Maienfeld Bildungszentrum Wald	ibW
58. Försterschule Lyss	BZW-LYSS
59. Stiftung SILVIVA	SILVIVA
60. Forum Biodiversität	FB
61. Organisation der Arbeitswelt Wald	OdA Wald
62. Akademie der Naturwissenschaften Schweiz	SCNAT
63. Schweizer Ingenieur- und Architektenverein	SIA
Wasserwirtschaft	
64. Schweizerische Verein des Gas- und Wasserfaches	SVGW
65. Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband	SWV
Erholung und Freizeit	
66. Swiss Orienteering	SO
67. Jäger (Schweizerischen Jägerverband - SPW, Jagdschweiz)	SPW/JS
68. Verband Schweizer Wanderwege	CH Wanderwege
69. Netzwerk Schweizer Pärke	NetzwerkCHPärke
70. Schweizer Tourismus Verband	STV
71. Swiss Cycling	SC
72. Verband Schweizerischer Vereine für Pilzkunde	VSVP
73. Pfadibewegung Schweiz	PBS
Schutz vor Naturgefahren:	
74. SBB Natur und Naturrisiken	SBB
75. Fachstelle für Gebirgswaldpflege	GWP
76. Konferenz der Kantonsingenieure	KIK
77. Fachleute Naturgefahren Schweiz	FAN
78. Nationale Plattform für Naturgefahren	PLANAT
Übrige Verbände und Organisationen	
79. Schweizerischer Forstverein	SFV
80. Schweizerischer Verband der Bürgergemeinden und Korporationen	SVBK
81. Schweizerische Vereinigung für Landesplanung	VLP-ASPAN
82. Arbeitsgemeinschaft für den Wald	AfW
83. Fachverband Schweizer Raumplaner	FSU
84. Forest Stewardship Council	FSC
85. Otto Lödrach AG Worb	Lödrach
86. Forstrevier Hardwald Umgebung	FRUU
87. Gemeinde St. Moritz	Gmde.St.M.

* Stakeholder die angeschrieben wurden und/oder die Online Umfrage beantwortet haben:

Stakeholder 1-83 wurden angeschrieben;

Kursiv = Stakeholder, die an der Umfrage teilgenommen haben;

Fett= Stakeholder die an den Interviews teilgenommen haben;

Diese Liste wurde bei den Netzwerkfragen verwendet (siehe Teilkapitel 3.3).